

DIE ALTERNATIVE



„ENTWAFFNET DIE MÄRKTE!“

WAHLEN '08: RECHTS, ZWEI, DREI, VIER •
BURN OUT: PHÄNOMEN UNSERER ZEIT? •
DEMO: ALLIANZ FÜR DIE GESUNDHEIT

Einladung zur Wahlversammlung der **AUGE**

Wahl der KandidatInnen zur Wiener Arbeiterkammer-Wahl 2009

Zeit: Samstag, 29. November 2008, 10 Uhr bis voraussichtlich 18 Uhr

Ort: Gewerkschaft VIDA, Mezzanin, grosser Sitzungssaal, 5., Margaretenstrasse 166

Wir bitten, Kandidaturen zur AK-Wahl bis Montag, 3. November, 18 Uhr postalisch oder per E-Mail bekannt zu geben (siehe Beilage zu dieser Alternative). Formelle Voraussetzung für eine Kandidatur ist die Zugehörigkeit zur AK-Wien. Postadresse: AUGE/UG, Belvederegasse 10/1, 1040 Wien; E-Mail: auge@ug-oegb.at.

Aktiv wahlberechtigt sind alle AK-Wien zugehörigen AUGE/UG- und UG-Mitglieder (auch PensionistInnen und Erwerbsarbeitslose, die AK-zugehörig sind). Für Fragen stehen wir unter (01) 505 19 52 oder auge@ug-oegb.at zur Verfügung.

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Kommen.

Presseaussendung AUGE/UG, UGÖD

Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen

ÖAAB-Neugebauer soll zünden gegen Arbeiterkammer unterlassen – sonst verbrennt er sich noch die Finger.

Erfreut sind die „Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen/Unabhängigen GewerkschafterInnen“ (AUGE/UG), dass das BZÖ mit seinem Antrag auf Senkung der Arbeiterkammer-Umlage unter dem fadenscheinigen Vorwand des Teuerungsausgleich klar gescheitert ist.

„Weniger erfreulich ist allerdings, dass der ÖAAB – auch in Person des ÖAAB-Vorsitzenden Neugebauer – offensichtlich nach wie vor mit dem Gedanken spielt, die Arbeiterkammer über eine Umlagesenkung empfindlich zu schwächen. Das lässt für die ArbeitnehmerInnen im Falle der Neuauflage eines zu befürchtenden schwarz-blau-orangen Bündnisses nichts Gutes erwarten,“ üben die AUGE/UG und die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (UGÖD) Kritik an ÖAAB- und GÖD-Vorsitzenden Neugebauer.

Dieser hatte einen Entschliessungsantrag eingebracht, in dem der zuständige

Bundesminister aufgefordert wird, die Bundesarbeitskammer zu veranlassen, die Höhe der Arbeiterkammer-Beiträge zu überprüfen und gegebenenfalls zu senken, der allerdings ebenso abgelehnt worden ist.



Fritz Neugebauer will die Arbeiterkammer schwächen

„Wenn Neugebauer und seine Freunde im ÖAAB immer wieder die Wirtschaftskammer als Beispiel erfolgreicher Effizienzsteigerungen mit einer entsprechenden

Senkung der Umlagen der Wirtschaftskammer-Mitglieder heranziehen, vergleichen sie Äpfel mit Birnen,“ so Klaudia Paiha, Bundessprecherin der AUGE/UG. „Die Wirtschaftskammer vertritt rund 370.000 Mitglieder mit Einnahmen von rund 550 Millionen Euro (2007), die Arbeiterkammer, die nicht nur an die 3,2 Millionen ArbeitnehmerInnen vertritt, sondern auch – und das ist gesetzlicher Auftrag – hunderttausende Erwerbsarbeitslose, PensionistInnen, die keine AK-Umlage zahlen, verfügt über Einnahmen von rund 320 Millionen Euro (2007). Wer mögliche Umlagesenkungen in den Raum stellt, meint damit Leistungskürzungen und politische Schwächung.“

Die von ÖAAB-Neugebauer vorgebrachte Kritik, wonach die parteipolitische Agitation der FSG in der Arbeiterkammer vielen Arbeiterkammer-Mitglie-

der „ungut aufstösst“ wird von den Unabhängigen GewerkschafterInnen zwar geteilt, ist allerdings gerade aus dem Mund Neugebauers ungläubwürdig Wir geben allerdings die Kritik des ÖAABlers Neugebauer an der Arbeiterkammer-Spitze entsprechend gerne an den GÖD-Vorsitzenden Neugebauer zurück. Wie verträgt es sich, dass der Vorsitzende der genauso überparteilichen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst für eine politische Partei im Nationalrat sitzt?

„Neugebauer sollte außerdem bekannt sein, dass die Arbeiterkammer auch für öffentlich Bedienstete eine immer wichtigere Interessensvertretung wird, wurden doch zehntausende MitarbeiterInnen im öffentlichen Dienst aufgrund der Ausgliederungen der letzten Jahre – etwa der Universitäten – Mitglieder der Arbeiterkammern. Und es werden wohl noch mehr werden. Es war und ist die Arbeiterkammer, die immer wieder auf die negativen Auswirkungen von Ausgliederungen und Privatisierungen hingewiesen hat, die die einzige umfangreiche Studie zu Folgen von Ausgliederungen erstellt hat. Ich wage zu bezweifeln, dass die Attacken auf die Arbeiterkammer seitens des ÖAAB-Neugebauer bei dieser Personengruppe gut ankommen – die Arbeiterkammer-Wahlen 2009 werden's zeigen.“ schließt Andrea Ofner, Betriebsrätin der UGÖD an der Medizinischen Universität Wien. ■

DIE ALTERNATIVE

IM OKTOBER

AKTUELL

Wahlen 2008: Rechts zwei, drei, vier.	Seite 4
Finanzkrise: Entwaffnet die Märkte	Seite 7
Frauen wählen Steuern?	Seite 10

GEWERKSCHAFT & BETRIEB

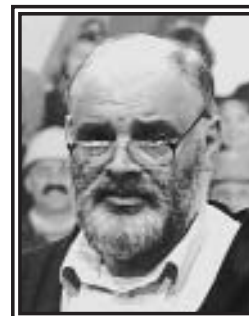
FSW: Dienstrecht oder Kollektivvertrag?	Seite 14
Wiener Krankenanstalten: Schöne neue Zeit.	Seite 16
Recht: Der Arbeitsvertrag	Seite 18
Burn Out: Ein „Phänomen“ unserer Zeit?	Seite 19

INTERNATIONAL

BRD: Allianz für die Gesundheit	Seite 22
---	----------

SPEZIAL **MUCH**

.	Seite 12
-----------	----------



EDITORIAL
von Alfred Bastecky

WENN WAHLEN ETWAS VERÄNDERN KÖNNTEN

... hätten sie die Mächtigen längst abgeschafft! Ich weiß nicht, wie oft ich diesen Spruch schon in die Tasten geklopft habe. Für Wahlaufufe (als paradoxe Intervention), in Kommentaren (in der Hoffnung, dass – vielleicht – doch einmal) und in Resümees (wenn sich wieder nichts entscheidend verbessert hat).

Wie war es diesmal? Die beiden Großparteien sind so klein wie noch nie in der zweiten Republik. Die Rechte ist so stark wie noch nie im selben Zeitraum. Die GRÜNEN sind zur kleinsten Fraktion im Nationalrat geschrumpft. Zwei Parteivorsitzende haben bereits in der Woche nach der Wahl das Hangerl geworfen. Die KPÖ und die LINKE blieben erwartungsgemäß bedeutungslos. Auch wenn unverbesserliche Optimisten in den Reihen der neuen linken Wahlbewegung von einem „vielversprechenden Anfang“ sprechen.

Bei der neuen Regierung wird's wohl bestenfalls zu einem „kleineren Übel“ reichen. Der neoliberale Grundkonsens bleibt unangetastet.

Apropos „neoliberal“: Habt ihr eure Aktienpakete schon in Sicherheit gebracht? Jetzt, wo ihm Mutterland von „Mehr privat, weniger Staat“ mit gewaltigen Steuermitteln den weltweit angeschlagenen Finanzkapitalmarkt angeblich vor dem totalen Kollaps gerettet hat. Jener Markt, der sich bekanntlich selbst regelt, wenn man ihn nur läßt...

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) **Herausgeber:** Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) **Redaktion, Satz & Layout:** Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Klaudia Paiha, Franz Sklenar (Layout) **Alle:** 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: (01) 505 19 52-22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnements), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775 **Die „Alternative“** ist Mitglied der VAZ – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften; Kontakt: <http://vaz.mediaweb.at>. **Dass namentlich gezeichnete Beiträge** nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

Die Nationalratswahlen waren ein Wahldebakel für die Linke. Die wird sich inhaltlich neu positionieren müssen, will sie einer dramatisch erstarkten Rechten in Zukunft begegnen können. *Von Markus Koza.*

WAHLEN 2008:

RECHTS ZWEI, DREI, VIER ...

Ein Gutes hatte die Nationalratswahl. Wenn's auch das einzige war: die konservative ÖVP hat ein Wahldesaster erlebt, das ihr nur herzhafte zu gönnen ist. Die letzte wirkliche „Klassenpartei“ Österreichs – die Partei der Grossbauern, der Industriellen, der Stifter und der Topverdiener – hat ein verdientes historisches Tief erreicht.

Aktive Mithilfe bei der Positionierung der ÖVP als Partei der obersten Zehntausend, hat dabei der ÖAAB rund um den GöD-Chef Neugebauer geleistet, der – eigentlich wäre er ja ArbeitnehmerInnenvertreter – tatsächlich per Entschliessungsantrag dem zuständigen Minister eine Initiative zu einer Überprüfung der Höhe der AK-Umlage inklusive etwaiger Senkung nahe legen wollte.

Der Schlüssel-Molterer-Bartenstein-Kurs hat von den WählerInnen einmal mehr eine klare Absage erhalten. Ob es die ÖVP in ihrer Gesamtheit versteht, ist noch offen. Von 42 Prozent im Jahr

2002 ist die ÖVP jedenfalls auf knapp über 25 Prozent gefallen. Endgültig widerlegt ist auch der – ohnehin nur von der ÖVP strapazierte – Mythos, dass mit der schwarz-blau-orangen Koalition des genialen Strategen und Taktikers Schlüssel eine Entzauberung der extremen Rechten stattgefunden hätte und damit verbunden eine nachhaltige politische Schwächung.

Das genau Gegenteil ist geschehen: das extrem rechte Lager rund um FPÖ und BZÖ ist stark wie noch nie. Salonfähig gemacht von einer ÖVP, die diese einst in die Regierung holte. Jörg Haider – angebliches Opfer des angeblich brillianten Schlüssel – hat mit seiner, jenseits von Kärnten als reines Phantom existierenden „Partei“ einen regelrechten Erdrutschsieg errungen – interessanterweise überwiegend zulasten der ÖVP. Angesichts einer dramatisch gestärkten extremen Rechten ist es nur ein schwacher Trost, dass die Chance besteht, dass Personen wie Schlüssel, Bartenstein, Molterer und Co. sich in die Pension verabschieden.

Womit wir beim Wahltriumph der extremen Rechten – und beim Wahldebakel der Linken wären. Denn nicht anders ist das Ergebnis der Nationalratswahlen zu bezeichnen. Die gesamte politische Linke hat eine Niederlage erlitten. Daran kann auch der gehaltene erste Platz der SPÖ nichts ändern. Wenn eine Sozialdemokratie unter dreißig Prozent zu liegen kommt und

über fünf Prozent der Stimmen verliert, kann das nur als Niederlage bezeichnet werden.

Schwierige Ausgangslage und Aufholjagd hin oder her. Es ist das historisch schlechteste Ergebnis der SPÖ auf Bundesebene in der zweiten Republik. Trotz „Krone“, „Österreich“ und wie sie alle heissen. Die Schlappe der Grünen sollte allerdings noch viel mehr zu denken geben – vor allem den Grünen selbst – gingen sie doch nicht als Regierungspartei sondern als Oppositionspartei in die Neuwahl. Das Ergebnis: Der Platz drei unerreichbar. Weit weg von angepeilten 15 Prozent. Ein Match mit dem BZÖ um Platz vier. Und ziemlich klar gezeigt hat sich auch, dass „linke“ Parteien bzw. Projekte jenseits von SPÖ und Grünen in Österreich wohl noch für längere Zeit chancenlos bleiben, hinsichtlich ihrer Wahlergebnisse knapp an bis deutlich unter der Wahrnehmungsschwelle liegen.

PROTESTWAHL – AUCH GEGEN GRÜNE

Der Schock sitzt tief: FPÖ und BZÖ liegen gemeinsam bei 29 Prozent der Stimmen und damit nur noch knapp hinter der SPÖ. Die FPÖ hat dabei besonders bei jungen WählerInnen punkten können: Bei den Unter-30-Jährigen fuhr die FPÖ laut Meinungsforschungsinstitut SORA 25 Prozent der Stimmen ein und liegt damit vor der ÖVP mit 23



AUGE

MARKUS KOZA
IST UG-VERTRETER IM
ÖGB-BUNDESVERSTAND
UND MITARBEITER DER
AUGE/UG IN WIEN.

Prozent und vor der SPÖ mit 21 Prozent. Als Wahlmotiv für FPÖ und BZÖ wurde vor allem die Unzufriedenheit mit der großen Koalition genannt. „Der Protest stand sehr stark im Vordergrund,“ wird SORA-Chef Hofinger im Standard zitiert.

Gewählt wurden also jene Parteien, die als Protestparteien wahrgenommen wurden. Protest äußert sich in Österreich – leider – überwiegend durch eine Stimme für die Parteien der extremen Rechten. Allerdings nicht zwingend. Protest wurde in der Vergangenheit auch „grün“ artikuliert – wenn auch in deutlich geringerem Ausmass. Die Grünen wurden allerdings nicht als Protestpartei wahrgenommen. Der Wahlkampf war auch auf etwas ganz anderes ausgerichtet – auf eine mögliche Regierungsbeteiligung. „Die Lust auf schwarz-grün wächst,“ meinte etwa

Grünen-Chef Van der Bellen nach der berühmten „Es reicht!“ Koalitionsauflösung durch die ÖVP.

Die in den Raum gestellte Koalition mit einer durch und durch rechten, vom Trio Schüssel-Molterer-Bartenstein dominierten ÖVP reichte allerdings offensichtlich auch vielen GrünwählerInnen, die weniger Lust auf schwarz-grün hatten, sondern viel mehr die rabiate „Klassenpartei“ ÖVP endlich lustvoll auf die Oppositionsbank befördern wollten. Die Vorstellung eines möglichen grünen Vizekanzlers unter einem schwarzen Kanzler Molterer jagte vielen GrünwählerInnen offensichtlich eher einen kalten Schauer über den Rücken, statt lustvolle Gefühle aufkommen zu lassen.

Die „Protestwahl“ traf entsprechend ebenso die Grünen – vor allem durch Wahlverweigerung des eigenen Wäh-

lerInnenvolks. Da konnte auch ein plötzlich doch wieder aufkommender Zweifel an Schwarz-Grün und ein an und für sich gutes Wahlprogramm nur mehr wenig ändern: 87.000 GrünwählerInnen blieben zu Hause. Die Grünen hatten unter allen Parteien die höchsten anteilmäßigen Verluste durch Demobilisierung. Wenig Stimmen von SPÖ und ÖVP wanderten an die Nichtmehr-Protestpartei Grüne. Massnahmen gegen die Teuerung wurden zu wenig kommuniziert, Globalisierungs- und Neoliberalismuskritik kam im Grünen Wahlkampf kaum vor – trotz Erschütterung des globalen Finanzsystems und der daraus resultierenden drohenden Wirtschaftskrise.

Die Rolle des „Globalisierungsgegners“ durfte ein Jörg Haider Raum

Bitte umblättern



füllend einnehmen – mit den für Rechtsausenpolitiker typisch verkürzenden Analysen.

WAS TUN GEGEN RECHTS?

Die Wahl ist geschlagen. Da kann nichts mehr gemacht werden. Der vollkommene gerechtfertigte Schock sollte so bald als möglich einer politischen Strategie gegen die extreme Rechte weichen. SPÖ-Chef Häupl hat bereits den „Kampf der SPÖ gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus“ ausgerufen. Die Klubobfrau der Wiener Grünen, Maria Vassilakou will Wien, „diese reiche und vielfältige Stadt“ nicht „den rechten Recken überlassen.“

Mit Kampfansagen an Rechts alleine wird es allerdings nicht getan sein – insbesondere bei der SPÖ, wo ja die Fronten gegenüber FPÖ und BZÖ keineswegs so eindeutig geklärt sind.

Gefordert im Kampf gegen die politische Rechte sind allerdings nicht nur sich fortschrittlich verstehende politische Parteien und die Zivilgesellschaft, sondern vor allem auch die Gewerkschaften.

Es braucht nämlich eine grundlegende Ursachenanalyse – warum immer mehr Menschen für rechtsextreme und rechtspopulistische Parolen anfällig werden. Und so manche Ursache ist in der real existierenden Arbeitswelt zu finden. Empfohlen sei in diesem Zusammenhang das von Flecker und Kirschhofer von der „Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt“ (FORBA) herausgegebene Buch „Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs“. Ein Werk das einiges erklärt, in der Politik allerdings bislang zu wenig Beachtung gefunden hat.

In diesem Buch wird untersucht, inwieweit im sozio-ökonomischen Wandel, in der veränderten, globalisierten Arbeitswelt Gründe für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien zu suchen sind. Menschen in unterschiedlichsten Erwerbs- und Lebenslagen wurden interviewt und analysiert. Ein Ergebnis: in einer Arbeitswelt, wo Wertschätzung ein Fremdwort ist, wo ständig über die Köpfe der unmittelbar Betroffenen hinweg entschieden wird, wo der Arbeitsdruck steigt, und gefühltes oder erlebtes Unrecht herrscht – wächst die Bereitschaft rechtspopulistisch zu wählen.

Der Protest gegen „die da oben“ – das kann der Betriebsratsvorsitzende, von dem mensch sich verraten fühlt, das kann die Regierung sein, das parteipolitische eingefärbte Management – findet dann seinen Ausdruck in einer Stimme für eine Rechtspartei. Und sei diese Partei auch eine „Unrechtspartei“. Eine Arbeitswelt, in der ArbeitnehmerInnen ständig mit Ausgliederungen, Rationalisierungen, Betriebs-schliessungen, Betriebsverlagerungen und drohender Arbeitslosigkeit konfrontiert sind, fallen einfache, rechtspopulistische Lösungen auf fruchtbaren Boden.

Eine sich fortschrittlich verstehende Politik muss diese Sorgen und Problemlagen ernst nehmen und entsprechende politische Massnahmen setzen. Eine sich fortschrittlich verstehende Politik darf nicht achselzuckend vor dem neoliberalen Umbau des Wirtschaftsystems kapitulieren, darf nicht beschwichtigen und abwiegeln. Darf die Kritik an falschen globalen, nationalen und europäischen Entwicklungen nicht der Rechten überlassen, sondern muss diese mit einer linken, solidarischen Perspektive versehen.

Die Arbeitswelt, die reale Situation von arbeitenden Menschen am Arbeitsplatz, im Betrieb, muss wieder stärker in den Fokus der Politik rücken. Das gilt für Parteien ebenso wie für Gewerkschaften. Sonst wird der Kampf gegen Rechts nicht erfolgreich sein.

Demokratie im Betrieb, gesellschaftliches Engagement und Anfälligkeit für Rechtspopulismus

Im Rahmen des Forschungsprojektes „Organisationale Demokratie – Ressourcen für soziale, demokratieförderliche Handlungsbereitschaften“ untersuchte das Institut für Psychologie der Universität Innsbruck, inwieweit eine demokratische Betriebsorganisation Auswirkungen auf Wertorientierungen, gesellschaftliches Engagement oder das soziale Verhalten der Beschäftigten hat. 343 Personen aus 23 unterschiedlichen Betrieben in Österreich, Süddeutschland und Norditalien nahmen an der Studie teil.

Das Ergebnis: es lassen sich statistisch abgesicherte Zusammenhänge zwischen Organisationsstrukturen und sozialen, demokratieförderlichen Handlungsbereitschaften nachweisen.

Je demokratischer die Organisationsstrukturen in einem Unternehmen sind,

- umso bereiter sind die MitarbeiterInnen, hilfsbereit, solidarisch und gesellschaftlich verantwortlich zu handeln
- umso stärker tendiert das Ethikbewusstsein der MitarbeiterInnen in Richtung humanistischer Wertorientierungen
- umso stärker ist deren Bereitschaft zum demokratischen und gesellschaftlichen Engagement
- umso stärker ist die gefühlsmässige Bindung der MitarbeiterInnen an den Betrieb

Ähnliche Ergebnisse ergab die Untersuchung, inwieweit eine wertschätzende Unternehmenskultur soziale und demokratiepolitische Handlungsbereitschaften fördert.

Auch hier gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang: eine wertschätzende Unternehmenskultur führt zu einer höheren Solidarität am Arbeitsplatz, geht mit einem höheren humanistischen Ethikbewusstsein, einer stärkeren sozialen Verantwortungsbereitschaft und einem ausgeprägteren demokratischen und gesellschaftlichen Engagement einher.

Wenig überraschend: Besonders hoch ist der Zusammenhang zwischen Wertschätzung und gefühlsmässiger Bindung an den Betrieb.

Quelle: „Solidarisches Handeln in demokratischen Betrieben – Illusion oder Realität?“, Wolfgang G. Weber und Christine Unterrainer, Universität Innsbruck, Institut für Psychologie.

Bereits im Juni 2008 – noch vor dem Höhepunkt der aktuellen Finanzkrise – haben europäische Attac-Organisationen ein gemeinsames Statement zur Finanzkrise und zu demokratischen Alternativen veröffentlicht. *Die Alternative bringt Auszüge.*

ENTWAFFNET DIE MÄRKTE

„ENTWAFFNET DIE MÄRKTE!“

Das war der erste Slogan der vor dem Hintergrund der Finanzkrise in Südostasien 1998 gegründeten Bewegung Attac. Mittlerweile sind wir Zeugen zahlreicher weiterer Krisen geworden, die durch die Finanzmärkte ausgelöst wurden: Der Krisen in Russland, Brasilien, der Türkei, Argentinien und dem Platzen der New Economy Blase im Jahr 2001.

Derzeit stecken wir erneut mitten in einer Krise. Auch wenn ihr Ende bisher nicht in Sicht ist, ist es möglich, dass diese Krise die schwerste seit der Großen Depression sein wird, die durch den Crash der Aktienmärkte im Jahr 1929 ausgelöst wurde. Im Herzen der Krise steht der starke Anstieg der Vergabe von Subprime-Hypotheken an US-Haushalte und das korrespondierende Verfahren der Verbriefung, durch das diese Kredite an Finanzinstitutionen und Haushalte in den USA und weltweit weiterverkauft wurden. Der Ausfall dieser Kredite hatte und hat dramatische Konsequenzen für verschiedene Finanzmarktinstitutionen – für Hedge-Fonds, Banken – aber auch für den nicht-finanziellen Sektor. Im Rückblick scheint es, dass der Prozess der Verbriefung und die dazugehörigen „Vehikel“ (die Unternehmen in denen die Verbriefung vorgenommen wurde) eine zentrale Rolle in der globalen Finanzarchitektur spielen. Diese Mechanismen müssen als eine Komponente einer Reihe von Instrumenten gesehen

werden, zu dem auch „Leveraged Buy-outs“ oder die „Structured Investment Vehicles“ gehören. Diese Entwicklungen führen zu einer enormen Aufblähung der Finanzmärkte. Ihre Effekte



äußerten sich in dem dramatischen Anstieg der Profite des Finanzsektors nach 2002 aber sie führten auch zu der Finanzmarktkrise, in der die Weltwirtschaft derzeit steckt.

Die US-Rezession wird schwere Rückkoppelungen weltweit haben und es ist möglich, dass eine ähnliche Rezession auch die größeren Europäischen Länder treffen wird. Eine solche Minderung der ökonomischen Aktivität bringt steigende Arbeitslosigkeit und neuen Druck auf ArbeitnehmerInnen mit sich, mit dem Ziel „die Flexibilität des Arbeitsmarktes“ zu erhöhen und dem Ergebnis, dass erneut die Kaufkraft sinken wird und soziale Sicherung abgebaut wird. Der Nachfrageausfall der industrialisierten Länder wird zudem viele Entwicklungsländer hart treffen. Man hätte es besser wissen sollen.

Denn die Krise bestätigt leider die Vorhersagen von heterodoxen Experten wie dem Nobelpreisträger Stiglitz, von Attac, von den sozialen Bewegungen und von anderen KritikerInnen des neoliberalen Projekts.

Unter dem Druck der Krise fordert nun selbst der Mainstream der Finanzwelt Reformen. Aber wie immer in solchen Situationen werden solche Reformen kontrovers sein. Alles wird davon abhängen, wessen Interessen die Reformen bestimmen. Wenn Banker nach Staatsinterventionen rufen, meinen sie die Sozialisierung der Verluste, während die Gewinne in privaten Händen bleiben sollen. Wenn Banker über Reformen reden, meinen sie bruchstückhafte (Re)-Regulierung und kurzfristiges Krisenmanagement – und damit letztlich den Versuch, die neoliberale Grundregeln zu erhalten und sobald wie möglich zum „Buisness-as-usual“ zurückzukehren. Im Interesse der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wird jedoch ein echter Paradigmenwechsel gebraucht: die Finanzmärkte müssen zu sozialer Gerechtigkeit, ökonomischer Stabilität und nachhaltiger Entwicklung beitragen. Wir können nächstes Jahr nicht einfach zum Status quo ex-ante zurückkehren. Denn die Krise ist weder das Ergebnis unglücklicher Umstände, noch kann sie allein auf Fehler in der Aufsicht, bei den Rating-Agenturen oder das Fehlverhalten einzelner Akteure reduziert werden. Die

Bitte umblättern

Krise hat systemische Wurzeln und deshalb müssen nun auch die Mechanismen des ganzen Systems in Frage gestellt werden.

Die Dominanz des Finanzsektors entwickelte sich nach der Einführung freier Wechselkurse zwischen den wichtigsten Währungen 1973, der Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen und der darauf folgenden Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte. Seitdem sind die Finanzmärkte enorm expandiert. Das Wachstum der Finanzmärkte beschleunigte sich rapide Anfang dieses Jahrzehnts, als die US-Wirtschaft sich von der Krise der „New Economy“ erholte. Insbesondere nahmen dabei sowohl die inländische Verschuldung (und hier vor allem die der US-Haushalte) als auch das externe Defizit dramatisch zu, in dem sich zugleich der steigende Beitrag der restlichen Welt bei der Finanzierung der US-Wirtschaft ausdrückte.

Zusammen haben diese Trends zu der Herausbildung eines neuen ökonomischen Modells geführt, einer neuen Form des Kapitalismus, der manchmal als Globalisierung, mal als Finanzmarktkapitalismus und mal als Shareholder-Kapitalismus bezeichnet wird. Unabhängig von der Bezeichnung des neuen Phänomens bleibt eines klar: während in früheren Zeiten die Finanzmärkte eine untergeordnete und dienende Rolle für die Realwirtschaft hatten, hat sich diese Beziehung nun umgedreht. Die Logik und Dynamik maximalen Profits auf den Finanzmärkten dringt heute in alle Poren ökonomischen und sozialen Lebens ein.

Die perfekte Mobilität von Kapital, die das Resultat neoliberaler Politik ist, spielt eine entscheidende Rolle in der Weltwirtschaft. Sie kreiert globalen Wettbewerb, nicht allein zwischen multinationalen Firmen sondern auch zwischen den Staaten (und ihren Sozial- und Steuersystemen) und zwischen den ArbeitnehmerInnen in verschiedenen Teilen der Welt. Durch die Verzerrung der Kräfteverhältnisse zugunsten der KapitalbesitzerInnen hat diese Dominanz des Kapitals zu steigender Ungleichheit geführt, die sich auch in einer sinkenden Lohnquote und einer Verschiebung von Risiken zu Lasten der ArbeitnehmerInnen ausdrückt.

Die Fehler des dominanten Systems waren nie so offensichtlich wie heute.

Es ist komplett diskreditiert. Deshalb müssen nun klare Konsequenzen gezogen werden. Ein historisches Window of opportunity öffnet sich. Doch es wird auf den Druck der Öffentlichkeit ankommen, ob ein wirklicher Kurswechsel erreicht werden wird. Die Komplexität des gegenwärtigen Finanzsystems macht es unmöglich die aktuellen Probleme mit einem einfachen Instrument zu lösen. Ein ganzer Werkzeugkasten wird nötig sein. Im Hinblick darauf, dass in naher Zukunft eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in Erwägung gezogen werden, die alle kontrovers sein werden, können wir einige Grundvoraussetzungen definieren, die berücksichtigt werden müssen, damit Einzelmaßnahmen eine emanzipatorische Neugestaltung bewirken.

VERÄNDERUNGEN STATT STÜCKWEISE REPARATUR

Das ganze Finanzsystem in seiner neoliberalen Form hat sich als ökonomisch instabil und ineffizient und als schädlich für Gleichheit, die allgemeine Wohlfahrt und die Demokratie erwiesen. Darum sind systemische Veränderungen notwendig. Eines unserer zentralen Ziele ist es, die neoliberalen Grundpfeiler einzureißen, vor allem die weltweite Mobilität von Kapital. Einzelne regulatorische Maßnahmen, die nur auf den Erhalt von Reichtum und vermögensgetriebene Entwicklung zielen, oder kosmetische Reformen sind hingegen inakzeptabel. Die Krise zeigt, dass Märkte ohne demokratische Regulierung zu desaströsen Ergebnissen führen. Deshalb ist es erforderlich, dass demokratische Kontrolle und internationale Kooperation an die Stelle des anarchischen Wettbewerbs zwischen den Nationalstaaten treten. Bei ökonomischen Entscheidungen müssen nachhaltige Entwicklung und die Menschenrechte aller drei Generationen Vorrang haben.

Ein geeigneter institutioneller Rahmen unter der Aufsicht der UN muss errichtet werden. Die nationalen Aufsichten und die internationale Kooperation zwischen den Aufsichtsbehörden müssen gestärkt werden. Dabei muss auch das Rating-Geschäft Teil der öffentlichen Aufsicht werden.

Dem ungehinderten Fluss von Waren und Kapital müssen Grenzen gesetzt

werden. Die allgemeingültige Offenheit von Waren- und Finanzflüssen muss ersetzt werden durch ein neues Netz von Verträgen zwischen den verschiedenen Ländern und Regionen der Welt, die auf dem gegenseitigen Respekt vor den Rechten der Menschen, unabhängig von ihrer Klasse, der Verteidigung der historischen Erbschaft der ArbeitnehmerInnen und der Solidarität mit den ärmeren Ländern fußen.

DIE DOMINANZ DER FINANZMÄRKTE BRECHEN

Die grundsätzliche Orientierung für eine echte Umkehr muss darauf gerichtet sein, die Dominanz der Finanzmärkte über die Realökonomie zu brechen. Einige geeignete Instrumente für diesen Zweck sind:

- Die Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen (inklusive von Derivatstransaktionen), um Spekulation zu reduzieren, die Geschwindigkeit der Finanzmärkte zu verlangsamen und die Kurzfristorientierung der Finanzmärkte zu reduzieren

- Die progressive Besteuerung von Kapitaleinkommen. Einer der wesentlichen Faktoren für das Anschwellen der Finanzmärkte ist die steigende Konzentration von Vermögen. Deshalb ist eine substantielle Umverteilung von Einkommen und Vermögen von oben nach unten ebenso notwendig wie die Reduzierung von Anreizen für exzessive Profite, um den Finanzmärkten Grenzen zu setzen und sie zu stabilisieren.

- Die Privatisierung der Sozialsysteme und wichtiger öffentlicher Infrastrukturen – wie Energie oder die Bahn – müssen gestoppt, beziehungsweise rückgängig gemacht werden.

- Die Instabilität von Finanzmärkten ist ein inhärentes Merkmal des Kapitalismus im Allgemeinen und des neoliberalen Kapitalismus im Besonderen. Eingriffe des Staates in Zeiten der Krise sind unzweifelhaft notwendig. Doch die Kosten der Eingriffe sollten nicht von den SteuerzahlerInnen getragen werden sondern von denen, die für die Krise verantwortlich sind. Deshalb sollte ein spezieller Krisenfonds gebildet werden, der die Konsequenzen einer Krise für die Gesamtwirtschaft abfedern sollte. Dieser Fond sollte durch eine Sonderabgabe auf Kapitaleinkom-

men über 50.000 Euro und eine einprozentige Extrasteuer auf Unternehmensgewinne finanziert werden.

DIE EU REFORMIEREN

Spezielle Aufmerksamkeit muss der EU gelten. Die finanziellen Aspekte des Vertrages von Lissabon und anderer Verträge sind durchdrungen von neoliberalen Dogmen. Artikel 63 des Vertrages von Lissabon, der jegliche Restriktionen von Kapitalflüssen verbietet und damit die perfekte Bedingung für den enormen Zugriff der Finanzmärkte auf die Gesellschaft schafft, muss abgeschafft werden. Wir fordern außerdem eine Begrenzung der Niederlassungsfreiheit (Artikel 49), die dem Kapital die Freiheit lässt, sich immer dorthin zu bewegen, wo die Bedingungen am günstigsten sind und die Finanzinstitutionen die Möglichkeit gibt, Asyl in der City of London zu suchen oder wo immer sie wollen. Zudem ist es notwendig, den Status der Europäischen Zentralbank (EZB) zu ändern. Ihre Geld- und Fiskalpolitik basiert völlig auf den neoklassischen Dogmen. Die Autonomie von der monetaristischen Ideologie ist ebenso notwendig wie die demokratische Kontrolle dieser Institution, deren Politik das Schicksal der Bürgerinnen und Bürger entscheidend beeinflusst. Wir kritisieren die Fixierung der EZB auf das 2-Prozent Konsumentenpreisinflations-Ziel – dies ist ein zentraler Pfeiler neoliberaler Politik. Stattdessen sollte die EZB den Fokus auf Beschäftigung, den Erhalt der Kaufkraft und die Stabilität der Finanzmärkte richten.

REFORMEN IM HERZEN DES SYSTEMS

Angesichts der Krise erfordern einige Eckpfeiler des gegenwärtigen Systems besondere Aufmerksamkeit, z. B.:

Eigenkapitalanforderungen und vernünftige Praktiken im Bankensektor

Eigenkapitalvorschriften für Banken müssen verschärft werden. Außerbilanzielle Geschäfte, die jetzt im Zentrum der Krise stehen, müssen verboten werden. Die Praktiken der Verbriefung müssen auf solche Institutionen beschränkt bleiben, die unter der strikten Kontrolle der Regierungen stehen, wie es in den USA der Fall war. Investment-

Banking sollte von anderen Bankdienstleistungen getrennt werden. Das öffentliche und genossenschaftliche Bankenwesen sollte gestärkt werden. Die Öffentlichkeit sollte zumindest einige Schlüsselbanken besitzen, um stabile Finanzierung für nachhaltige und gerechte Entwicklung bereitzustellen. Die Rating-Agenturen, die in dieser Krise ebenso wie in fast allen Krisen der letzten Dekaden schwere Fehler machten, sollten unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Keinesfalls sollten Rating-Agenturen von den Firmen bezahlt werden, die sie raten. Stattdessen sollten sie aus einem Fonds bezahlt werden, in den NutzerInnen der Ratings und alle Ausgeber von Finanzprodukten einzahlen.

Institutionen mit hoher Hebelwirkung

Wer braucht Hedge-Fonds und was ist ihr Nutzen für die Wirtschaft? Als die VertreterInnen Deutschlands auf dem G8 Gipfel 2007 höhere Transparenz von Hedge-Fonds verlangten, wurden dagegen argumentiert, diese Institutionen erfüllten eine nützliche Funktion, weil niemand anders bereit sei die Risiken zu tragen, die diese übernehmen. Tatsächlich handelt es sich bei diesen Risiken jedoch um die Risiken der Spekulation im Dienste des maximalen Profits. Diese Aktivitäten haben keinen Nutzen für die Gesamtwirtschaft – im Gegenteil: sie destabilisieren das System. Hedge-Fonds zu einem Instrument der Krisenprävention zu erklären ist so, als ob man einem Pyromanen die Aufgabe des Feuerschutzes übertragen würde. Die Aufsicht muss Banken davon abhalten, Geschäfte mit Hedge-Fonds zu machen.

Die Regulation von Derivaten

Solange bestimmte Risiken für die Realwirtschaft in der globalen Wirtschaft bestehen bleiben, wie z.B. das Wechselkursrisiko, können Derivate eine positive Funktion als Absicherung gegen diese Risiken haben. Für diesen Zweck sollten sie standardisiert und von der Aufsicht geprüft an der Börse gehandelt werden.

Steueroasen

Wer braucht Offshore-Zentren (OFCs) und Steueroasen? Lediglich reiche Individuen und institutionelle Anleger, die ihr Vermögen von den Steuerbehörden verstecken wollen, die Mafia, Terroristen, Waffenhändler und andere Kriminelle, die Geld waschen wollen. Es gibt

keinen nachvollziehbaren ökonomischen Grund für die Aufrechterhaltung des ökonomischen Status dieser Territorien. Deshalb muss diesen Plätzen die wirtschaftliche Grundlage entzogen werden. Bis dahin können unilaterale Maßnahmen ergriffen werden. Dazu gehört die Aufhebung des Bankgeheimnisses von Banken in ihrer Hoheitsgewalt, die Anordnung, Töchter von Banken in Steueroasen zu schließen und die Erhebung einer hohen Gebühr auf Transaktionen in Steueroasen und Offshore Zentren.

Private Equity Fonds regulieren

Eigenkapitalvorschriften für Private Equity müssen verbessert werden. Hebelkredite müssen auf eine nachhaltige Höhe begrenzt werden. Reformen im Bereich der Corporate Governance wie dreifache Stimmrechte für Langfrist-Anleger sind notwendig. Gewerkschaften, KonsumentInnen und andere Stakeholder müssen pflichtmäßig in Unternehmensentscheidungen einbezogen werden.

Neue Regeln für die Verschuldung von Haushalten

Gesetzliche Grenzen für Verschuldung müssen geschaffen werden, zuerst für Haushalte, zum Beispiel durch die Einführung von Obergrenzen von Schuldendienst und Zinsen im Verhältnis zu dem Einkommen in jedem Land. Wohnräume und Zugang zu Wohneigentum für soziale schwache Haushalte zu schaffen, muss Aufgabe von Regierungsprogrammen bleiben.

Es darf nicht zum Geschäftsfeld für die schlimmsten Segmente der privaten Finanzdienstleister werden. Wir unterstützen Vorschläge für neue Entschuldungsverfahren, die es den überschuldeten HausbesitzerInnen möglich machen würden, Mieter in ihren Häusern zu werden.

Aus: www.attac.at

%attac

Möglicherweise hängt es damit zusammen, dass ich zu denen gehörte, die 1978 noch nicht 18 Jahre alt waren und schon ihre Stimme abgeben durften *gegen* oder für Atomkraft, dass mich Wahlkämpfe heutigentags ermüden und ich nur mehr mit Mühe nicht „weiß“ wähle. *Von Beate Neunteufel-Zechner.*

FRAUEN STEUERN WAHLEN!

FRAUEN WÄHLEN STEUERN?

1978 hatten PolitikerInnen und KernkraftgegnerInnen noch Visionen, sie blickten in irgendeine Zukunft und es stiegen in ihnen Grausbirnen auf, weil da waren so viele Dinge, die schief gehen konnten, und: Was wird dann aus unseren Kindern? Darum durfte ich ja auch so früh über meine Zukunft selbst abstimmen und erhielt mir lange die Überzeugung, dass das selbstgewählte Frauenleben leichter zu ertragen ist, nachdem Atemluft und Werbung mir die Idee von grenzenloser Freiheit genommen hatten.

Inzwischen weiß ich um die Unmöglichkeit zu einer Freiheit und zu einer „guten“ Regierung zu gelangen, vielleicht gerade deshalb wünsche ich mir in Wahlkampfzeiten umso mehr Menschen mit Visionen; PolitikerInnen, die in eine Zukunft schauen und sich eine andere Welt wenigstens vorstellen können. Was aber musste ich in den letzten Wochen sehen, wenn ich in die Wahlkampfbeobachtung einstieg, da-

mit ich meine Stimme nicht wegwerfe, sondern vergebe? Einen geizigen Spareunfroh, einen Fünf-Punkte-Schattenritter, einen Gerechtigkeitsdings, mehrere Alle-anderen-raus-Schreier und etliche Das-ist-so-nicht-richtig-Leute. Und keine Frauen – nach so vielen Jahren der Gleichstellungspolitik noch immer keine Frauen als unumstrittene Spitzenkandidatinnen, dafür jede Menge immer ärmer werdende Wählerinnen.

Ich habe also gewählt und jetzt habe ich noch immer einen Wunsch, einen richtigen Hausfrauenwunsch, nachdem ich mich darauf eingelassen habe, über neue Steuerstrukturen für Frauen nachzudenken. Zur bevorstehenden Steuerreform gibt es ja seit dem Frühjahr zahlreiche Verlautbarungen.

Die Parteien haben die unterschiedlichsten Reformideen in ihre Wahlprogramme aufgenommen, Sozialpartnerorganisationen haben ganze Reformkataloge zusammengetragen und Gewerkschaftsfraktionen diskutieren bereits heftig Grundsatzpapiere, die geprägt sind von der Überlegung, was ihnen die Parteibonzen gerade noch durchgehen lassen werden als Forderung – damit kann ich mich besonders schwer abfinden.

Ich habe mich durch zahlreiche Steuerreformpapierberge durchgelesen und musste feststellen, dass Frauen in der Steuerreformdebatte gar nicht vorkommen. Bestenfalls dürfen sie annehmen, dass sie mitgemeint sein könn-

ten, wenn es heißt: der Mittelstand muss entlastet werden, alle Branchen brauchen einen Tausend-Euro-Mindestlohn, das Wachstum muss gefördert werden, die Inflationsrate muss gesenkt werden, nach dem positiven Jahreswirtschaftsbericht der letzten Regierung muss es keine Zurückhaltung bei Gehaltsforderungen mehr geben, ein Preisgesetz mit Biss muss die Endverbraucher schützen und einige wenige Steuerreformer gelangten gar zur Kühnheit, dass wenigstens Vermögenszuwächse zu versteuern seien – ach ja, fast hätte ich es vergessen: für die Familien, die Kinder haben, wird es mehr und günstigere Betreuungsplätze brauchen.

Weit und breit fand sich im Wahlkampf kein einziger Politiker, der in der Lage gewesen wäre die folgenden Sätze zu formulieren: „Liebe Wählerinnen, wir wissen, dass ihr Frauen nur ein Prozent des weltweiten Vermögens besitzt, daher werde ich mich für eine hohe Besteuerung der Vermögen in Österreich einsetzen. Ich höre, dass wir Männer euch Frauen nur zehn Prozent der weltweiten Einkommen beziehen lassen und mir ist bewusst, dass ihr Frauen zwei Drittel der unbezahlten Arbeit erledigt und dass wir Männer euch in Österreich bei gleicher Arbeit immer noch um ein Drittel des Lohnes dafür prellen. Daher werde ich dafür kämpfen, dass die Mindestlöhne in allen Branchen in Österreich schon nächstes



BEATE NEUNTEUFEL-ZECHNER
IST BETRIEBSRÄTIN DER
BRAK/UG UND FRAUEN-
BEAUFTRAGTE DER UG.

Jahr 1500 Euro betragen und ich werde dafür Sorge tragen, dass eure Männer ihre Arbeitszeit reduzieren und euch bei der unbezahlten Arbeit helfen. Ich werde sie dazu bringen, dass sie mit ihren Kindern selber spielen und ihre alten Eltern selber pflegen. Ich werde darauf achten, dass nur mehr Unternehmen gefördert werden, die für Frauen anspruchsvolle Teilzeitarbeitsplätze anbieten, die euren guten Ausbildungen entsprechen und die eure Existenz sichern können. Frauen, die mich wählen, werden in Zukunft ihre Beziehungen frei wählen können! Ich werde dafür sorgen, dass in Österreich nicht mehr jede zweite Antragstellerin auf ihre Rechte und ihr Geld verzichtet, aus Angst und Scham vor den Behörden. Und im Übrigen bin ich der Meinung, dass nur mehr solche Unternehmen gefördert werden dürfen, die unserer Umwelt gut tun.“

Ich will nicht völlig ungerecht und verträumt erscheinen, deshalb gebe ich zu, dass es mich immer wieder berührt, wenn in Presseausendungen der Gewerkschaften besondere Bemerkungen zur Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt stehen. Ob es jetzt um die Mehrarbeitszeiten mit entsprechenden Entschädigungen für Sonntage in Einkaufszentren geht oder um Pflügetätigkeiten in der Nacht und an Feiertagen, ob der Vergleich zwischen weiblichen und männlichen Pensionen – immer noch 40 Prozent Differenz nach mehr als 40 Jahren Sozialstaat! – ehrlich gezogen wird, immer sind es die Frauen, die mehr belastet und nicht entlastet werden. Wie lange noch werden also die politischen Krisenmanager und Ausnahmezustandsverwalter glauben, dass wir Frauen uns nichts dabei denken, wenn sie eine niedrige Besteuerung von Kapitalerträgen oder eine Senkung des Spitzensteuersatzes vorschlagen, also Maßnahmen, die eigentlich nur Männer begünstigen?

Wir wissen, dass uns Frauen die hohen Verbrauchssteuern belasten! Deshalb muss ich jetzt noch einmal zurückkommen auf die bereits ganz kurz erwähnte Gleichstellungspolitik, die es zulässt, dass Männer diskriminiert werden, so lange Frauen nicht wenigstens gleich gestellt sind. Das Zauberwort für einen solchen zulässigen Diskriminierungstatbestand heißt Frauenförderung – und kam übrigens im letzten

Wahlkampf nach meinem Wissensstand nicht vor. Meinem Hausfrauenwunsch entsprechend träumte ich in den letzten Monaten einen sehr femininen Traum: mir schwebte eine Politikerin oder wenigstens eine Zivillisteningesellschafterin vor, die folgende Wahlrede hielt:

„Bis die Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu 100 Prozent erreicht ist, zahlen die Frauen der Republik Österreich nicht einen Cent irgendeiner Steuer mehr! Und ich meine das genau so, wie ich es gesagt habe. ArbeitgeberInnen werden lieber Frauen einstellen, weil sie sich dadurch Abgaben ersparen, ein einfacher Schritt in eine frauenfreundliche Beschäftigungspolitik, den man koppeln kann mit milderer Umwelt- und Klimaschutzabgaben. Aber es kommt noch besser: Wenn ihr Frauen in Zukunft einkaufen geht, soll bei der Rechnung, die ihr zu bezahlen habt, keine Mehrwertsteuer mehr verrechnet werden dürfen. Diese ist sofort wieder abzuziehen, das bringt jeder Kassenscomputer nach einer simplen Umprogrammierung zusammen. Mit der Überwachung dieser Maßnahme der Frauenförderung beauftragen wir das Innenministerium, dem in der letzten Regierungsperiode alle rechtlichen Mittel zur Personaldatenüberwachung in die Hand gegeben wurden. Wenn also ein Mann extra-schlau sein will und seine Frau bittet, ein Auto für ihn zu kaufen, aber das Fahrzeug dann doch auf seinen Namen anmeldet oder bei einer Verkehrsübertretung mit diesem Fahrzeug persönlich ertappt wird, dann zahlt er aus seiner Tasche die Mehrwertsteuer in voller Länge nach. Damit wird uns Frauen ein ganz neues und wirkungsvolles Mittel zur Durchsetzung unserer Forderungen nach mehreren Seiten in die Hand gegeben. Wirtschaftlich und sozial: wir gehen einfach nicht mehr einkaufen – und politisch: wir spielen dadurch dem Staat die Mittel in die Hand, uns unsere Wünsche zu erfüllen.“

Immer vorausgesetzt, dass PolitikerInnen wissen, wem sie verpflichtet sind, ist das eine visionäre Maximalforderung, die Lust macht auf politische und zivilgesellschaftliche Aktivitäten.



ug-oegb.at

auge.or.at

kiv.at

ugoad.at

ug-vida.at

we4you-
ug.at

HERDISCHER OPFERGANG
VON WILLI & WOLFI



RESPEKT!
NACH NUR ZWEI WAHLNIEDERLAGEN REAGIERT DIE ÖVP RASCH UND BRINGT



MIT ZUSTIMMUNG ALLER PARTEIEN WIRD DAS WAHLALTER AUF ZWÖLF (12) HERABGESETZT UND JEDES ÖSTERR. KIND* ERHÄLT EINE PLAYSTATION



AUCH DIE GRÜNEN GEZÜGLICH DARAN IHRE SEXY ZU MACHEN



*NUR DEUTSCHSPRACHIGE

...KENNT DIE BEDEUTUNG DER
WÄHLER UND SCHEUT SICH
...SELBST IN DIE DISCO
...INABZUSTEIGEN

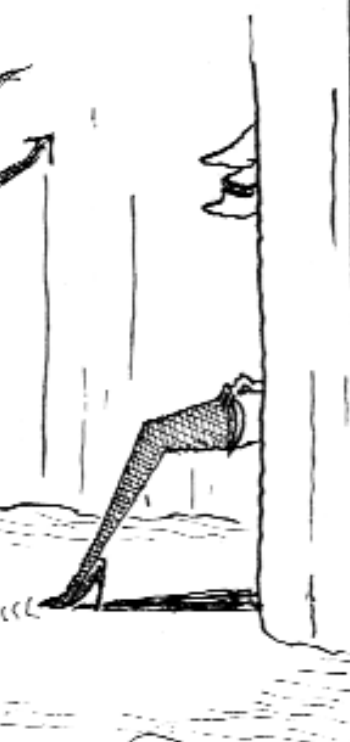


UND IHRE ANLIEGEN
VEHEMENT ZU VERTRETEN:

ICH FORDERE EINE MONAT-
LICHE DISCOZULAGE DAMIT
AUCH DIE JUNGEN MENSCHEN,
DIE SICH NICHT VON WACHTEL-
EIERN ERNÄHREN, ZUGANG ZU
DEN DISCOTHEKEN IN UNSEREM LAND



...HEN UNVER-
...PARTEI MEHR



UND DIE SENIOREN PARTEI?

NICHT NUR DASS
SICH DIE ARBEITER
VERABSCHIEDET
HABEN...

DAS VERKRAFT
MA LEICHT

SÜDERER



DER WAHRE TIEF-
SCHLAG FOLGT ERST:
A.HELLER TRENNT SICH
VON DER PARTEI!!!



Die Frage „Dienstrecht oder Kollektivvertrag“ hat im Fonds Soziales Wien immer wieder zu heftigen Diskussionen geführt.

Von Thomas Kerschbaum.

DIENSTRECHT ODER KOLLEKTIVVERTRAG?

IM FSW und den ausgegliederten GmbH's sind die Beschäftigten zu unterschiedlichen Bedingungen angestellt. Da wir uns als KIV bemühen, alle Beschäftigten-Gruppen gleichermaßen zu vertreten und zu organisieren, setzen wir uns für mehr Information und für eine gemeinsame Interessensvertretung im FSW und den ausgegliederten Unternehmen ein. Anfang November 2008 finden die vier Betriebsratswahlen des FSW und der FSW-GmbH's statt. Eine Herausforderung, denn wie werden wir den Ansprüchen und Forderungen aller Beschäftigten gerecht?

VORGESCHICHTE

Der FSW ist erstmals durch eine Ausgliederung im Jahr 2001 errichtet worden. War zu diesem Zeitpunkt die Magistratsabteilung 15 (Gesundheit) von der Privatisierung betroffen, folgte 2004 eine weitere, umfassende Ausgliederung des kommunalen Sozialbereichs. Die Magistratsabteilungen 12 (Soziales) und 47 (Betreuung und Pflege zu Hause) waren davon betroffen.



THOMAS KERSCHBAUM
IST KIV-PERSONAL-
VERTRETER IN WIEN.

Mittlerweile haben durch die Gründung der FSW-Gesellschaften (Schuldnerberatung, Pflege- und Betreuungsdienste und „wieder wohnen“) sowie der „Sucht- und Drogenkoordination Wien“ (mit Teilen des Psychosozialen Dienstes) weitere Ausgliederungen stattgefunden. Der PSD-Wien ist auch eine Privatisierung des kommunalen Gesundheits- und Sozialbereichs, Träger ist das „Kuratorium für Psychosoziale Dienste in Wien“, auch ein Fonds der Stadt Wien.

„ZUGEWIESENE“ BEAMTINNEN UND VERTRAGSBEDIENSTETE

Die Privatisierung in den Fonds Soziales Wien wurde mittels einer großen „Arbeitskräfte-Überlassung“ der Stadt Wien an den FSW durchgeführt. Die Vertragsbediensteten und BeamtInnen der Stadt Wien sind „zugewiesen“ an den FSW. Das heißt nichts anderes, dass durch ein eigenes „Zuweisungs-gesetz“ die Bediensteten der Stadt Wien zur Arbeit an den FSW „überlassen“ worden sind. Für die zugewiesenen BeamtInnen und Vertragsbediensteten gilt weiterhin das jeweilige Dienstrecht der Stadt Wien – für die BeamtInnen die Dienst- und Besoldungsordnung, für die Vertragsbediensteten die so genannte Vertragsbediensteten-Ordnung.

PRIVATANGESTELLTE

Durch die Privatisierung des Arbeitgebers (Errichtung des Fonds Soziales Wien) und damit der Dienstverträge

(privatrechtliche Anstellung beim FSW oder einer FSW-GmbH) sind bereits viele Beschäftigte des FSW Privatangestellte. Die rechtliche Grundlage für die Privatangestellten ist das Arbeitsrecht, z.B. das Arbeitszeitgesetz oder das Arbeitsverfassungsgesetz usw. Um die gemeinsamen Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Privatangestellten zu regeln, können Gewerkschaft und „Arbeitgeber“, das heißt die Stadt Wien, vertreten durch den FSW einen Kollektivvertrag abschließen. Diesen FSW-Kollektivvertrag gibt es seit Juli 2007, gültig für den FSW und die ausgegliederten GmbH's des FSW.

„ÜBERLASSENE“ BESCHÄFTIGTE VON FLEXWORK

Im FSW arbeiten außerdem „überlassene“ Beschäftigte des Unternehmens flexwork. flexwork, eine GmbH, ist ein Tochter-Unternehmen des Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungs-fonds (waff). Der waff ist auch ein Fonds der Stadt Wien, wie der FSW nach dem Wiener Landesstiftungs- und Fonds-gesetz errichtet. Das heißt nichts anderes, als dass die Stadt Wien durch ein eigenes „Unternehmen“ sich selbst „Zeit- oder LeiharbeiterInnen“ vermietet. Für die Beschäftigten der „Arbeitskräfte-überlassung GmbH“ flexwork gelten bestimmte Kollektivverträge, die das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz regelt. Aber wenn sie beim FSW beschäftigt sind, müssen sie gleich viel wie vergleichbare Beschäftigte des FSW nach dem FSW-Kollektivvertrag verdienen.

Allerdings: Falls der Überlasser-Kollektivvertrag bessere Bedingungen vorsieht, gelten diese besseren Bestimmungen für die flexwork-KollegInnen.

WER VERHANDELT IM FSW WAS?

Dienstrecht für BeamtInnen und Vertragsbedienstete

Das Dienstrecht der zugewiesenen BeamtInnen und Vertragsbediensteten wird über Landesgesetze geregelt. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten verhandelt zwar über die Löhne beziehungsweise Gehälter und die Arbeitsbedingungen, es wird dann aber kein Kollektivvertrag unterzeichnet, sondern der Wiener Landtag stimmt über die Dienst- und Besoldungsordnung, über die Vertragsbediensteten-Ordung und alle anderen Gesetze des Dienstrechts ab. Im Herbst will die SPÖ zum Beispiel diese Gesetze des Dienstrechts umfassend ändern (Info auf www.kiv.at/arbeitsrecht).

Kollektivvertrag für FSW- und flexwork-Privatangestellte

Der FSW-Kollektivvertrag ist eine Vereinbarung zwischen Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) und der FSW-Geschäftsführung. Der Betriebsrat ist lediglich Beisitzer und kann versuchen, Inhalte mitzugestalten. Verhandlungsmandat hat nur die Gewerkschaft. Wenn eine Ausgliederung durchgeführt wird, das heißt, das private Unternehmen verbleibt im Besitz der Stadt Wien, wird die Stadt Wien automatisch „kollektivvertragsfähig“ nach der Arbeitsverfassung. Das bedeutet, dass die Stadt Wien, vertreten durch das ausgegliederte Unternehmen, mit der zuständigen Gewerkschaft einen Kollektivvertrag abschließen kann.

WIE STEHT DIE KIV DAZU?

Die KIV hat sich immer gegen Ausgliederungen ausgesprochen und eingesetzt, denn eine Privatisierung der Dienstverträge und Beschäftigungsverhältnisse führt die SPÖ-Stadtregerung auch durch, damit die Personalkosten reduziert werden können. Es darf daher nicht verwundern, wenn die Beschäftigten der ausgegliederten Unternehmen der Stadt Wien oft weniger verdienen und schlechtere Arbeitsbedingun-



gen (zum Beispiel kein Kündigungsschutz wie im Dienstrecht) haben. Die KIV betrachtet dies als besondere Herausforderung für die Interessensvertretung aller Privatangestellten.

Da der Landtag mit einer absoluten Mehrheit der SPÖ und die Führung der Gewerkschaft (die auch SPÖ ist: die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, FSG) aber die Privatisierung (Ausgliederung) durchgeführt haben, müssen wir mit dieser Situation umgehen.

Die Beschäftigung über die Leiharbeit von flexwork sehen wir kritisch. Denn die Stadt Wien gründet sich ein eigenes „Leiharbeiter“-Unternehmen und vermietet sich selbst ZeitarbeitnehmerInnen. Damit haben diese Beschäftigten nicht den gesamten kollektiven Schutz des FSW-Kollektivvertrages und eine gemeinsame Interessensvertretung im FSW wird erschwert.

TEILE UND HERRSCHE

Die von der SPÖ-Stadtregerung betriebene Unterscheidung der Beschäftigten auf der Grundlage von verschiedenen Beschäftigungsverhältnissen kann nur zum Nachteil der Beschäftig-

ten sein. Außerdem wird durch diese „Fragmentierung“ der Beschäftigungsverhältnisse die Interessensvertretung (von Betriebsrat und Gewerkschaft) erschwert. Der Geschäftsführung ist es ein Leichtes, mit einer „Teile-Herrsche“-Managementpolitik die FSW-Beschäftigten gegeneinander auszuspielen.

Da die Gewerkschaft für den FSW einen so genannten „Haus-Kollektivvertrag“ verhandelt, kommt der Gewerkschaft im Fall des FSW eine sehr große Bedeutung zu. Üblicherweise werden in Österreich Branchen-Kollektivverträge zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber-Verbänden und der Wirtschaftskammer unterzeichnet. Ausgliederungen stellen eine Ausnahme dar. Daher ist es uns als KIV wichtig, uns auch in der Gewerkschaft als parteiunabhängige Gruppe bzw. Fraktion zu engagieren.

ES GEHT UM EINE GEMEINSAME INTERESSENSVERTRETUNG

Seit der Ausgliederung des FSW und der ersten Privatisierung der Dienstverträge für die FSW-Beschäftigten haben wir uns als KIV kritisch mit dieser Entwicklung auseinander gesetzt und vor den Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen gewarnt. Jetzt geht es darum, für alle Beschäftigten mit deren unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen eine gemeinsame Interessensvertretung im FSW aufzubauen.

Schließlich wollen wir nicht, dass wir gegeneinander ausgespielt werden. Es geht darum, gemeinsam Verbesserungen zu erreichen und weitere Auswüchse der Privatisierungspolitik der SPÖ-Stadtregerung im Interesse aller Beschäftigten im FSW zu verhindern. Damit geht es auch darum, den bestehenden FSW-Kollektivvertrag kritisch zu betrachten und möglichst gemeinsam mit Unterstützung aller Beschäftigten an der Verbesserung zu arbeiten.

Vor allem im Schema I/III, gemeint ist die Gruppe der „handwerklichen Verwendung“ im Wiener Krankenanstaltenverbund, ist nichts geblieben, wie es war. *Von Silvia Tauchner.*

SCHÖNE NEUE ZEIT

Es begann mit der Ära Marhold und der Nachbesetzungskommission – jeder Dienstposten, der verändert wurde musste schriftlich in der Generaldirektion beantragt werden.

Dies bedeutete zuerst auch alle Posten, die nach Karenz wieder besetzt wurden, oder deren Stundenausmaß sich änderte – bei 32.000 Dienstposten war bald klar, dass die „Papierflut“ überhand nahm – bald waren „nur“ mehr die echten Nachbesetzungen zu melden. Vorerst wurde fast jeder Nachbesetzung zugestimmt, aber ab 2008 kamen immer öfter Postensperren als Antwort und wir mussten mit fundierten Begründungen um einzelne Dienstposten kämpfen.

Im November des Vorjahres hatte wir es dann schwarz auf weiß als Erlass der Generaldirektion: es wurde ein Nachbesetzungsstopp im Schema I/III ausgesprochen (Hausaufsicht, Technik, Kanzleipersonal).

Bei uns, im Preyerschen Kinderspital, hatten wir vor allem die Probleme in der Hausaufsicht, da wir nur wenige Bedienstete hatten (36 Hausarbeiterinnen und 8 Hausarbeiter) hat jede Pensionierung oder Kündigung eine große Lücke hinterlassen.

Die Hausaufsicht im Preyer hat vielfältige Arbeiten und vor allem Vertretertätigkeiten (z.B. Portier, Wäschem-

gazin, Speisesaal) und ersetzt auch noch nicht vorhandene Berufsgruppen, wie z.B. Krankenträger.

Um einen Hausarbeiterposten mussten wir ein halbes Jahr kämpfen, um mit dreimaliger Begründung nachzuweisen, dass hier eine Fremdvergabe nicht möglich ist.

Die ersten Antworten waren strikt: einer Nachbesetzung wird nicht zugestimmt, der Posten ist zu sperren, wenn wir glauben, dass die Leistung unbedingt nötig ist, können wir einen Antrag an die GD um Fremdvergabe stellen. Dabei empfand ich persönlich die Fußzeile der Antwortmails besonders provokant: Qualifizierte, engagierte und zufriedene MitarbeiterInnen sind Grundpfeiler unserer Leistung.

Im Preyer kommt noch ein pikantes Detail hinzu – wir sind ja jetzt die „kleine Schwester“ des großen SMZ Süd (KFJ) und uns wird bei jeder Gelegenheit klargelegt, dass wir uns nun nicht mehr fürchten müssen (wovor?), denn wir sind jetzt eine große Einheit und „man“ kann uns helfen.

Bei vielen Gelegenheiten habe ich meine Befürchtungen dargelegt, dass es wohl eher sein wird, dass wir im Bedarf das KFJ unterstützen müssen – ich wurde bisher von allen Beteiligten belächelt, doch die Praxis gibt mir recht:

- im Bereich Röntgen, Labor und auch Pflege durften wir schon der großen Schwester behilflich sein.
- Jetzt wird es auch noch in der Küche und der Hausaufsicht gewünscht. Konkret: es wäre von Vorteil (für wen?) wenn die gesamten Hausarbeiterinnen (noch 30 Kolleginnen) ins KFJ übernommen werden und die Reinigung im Preyer zur Gänze von einer Fremdfirma übernommen wird.

Hier hat die PV nicht zugestimmt, doch wir werden aufgrund der Abgän-

ge (Pensionierungen) einen Teil der Reinigung ab 2009 doch auslagern müssen.

Was für mich nie klar war, war die Position der Gewerkschaft – es gab zwar Verhandlungen und ein Konzept, den Bereich Technik betreffend, nichts dergleichen jedoch für den Bereich der Hausaufsicht.

Es gab eine sehr seltsame Aktion des PGA (Personalgruppenausschuss) der handwerklichen Verwendung – es wurden Stoffsackerln verteilt, mit Folder, Mannerschnitten, einem Trinkbecher und Mikadostaberln – Grundtenor: „deine Arbeit ist wichtig“! ... mit Mikadostaberln?

Nun, auch der Folder brachte keine Klarheit, jede Menge Ameisen am Umschlagblatt (auch du bist eine von ihnen) und die Aussage: „wir stehen hinter dir“, wobei und wofür wird nicht geklärt. Doch eine wichtige Botschaft: was früher hieß „Eigenleistung vor Fremdvergabe“ heißt nun: „Wirtschaftliche Eigenleistung vor Fremdvergabe“ – mensch lasse das im Ohr nachklingen.

In einem persönlichen Gespräch mit dem zuständigen Vorsitzenden in der GdG, Kollegen Harreither und Susanne Jonak, wurde mein Wunsch nach Aktionen nicht verstanden und mit den Worten „die Zeiten haben sich geändert“ abgetan.

Nichts mehr von der Solidarität mit allen Berufsgruppen, nichts mehr von Kampf gegen Fremdvergabe, plötzlich haben auch wir die Wirtschaftlichkeit im Auge und überlegen mit der GD gemeinsam, wo wir einsparen können.

Zum Glück erwies sich diese Einstellung als eine der Zentrale – Gespräche in den Häusern verliefen ganz anders, und so denke ich, ist es dem Druck der Dienststellenausschüsse (oder dem 28. September ?) zu verdanken, dass



SILVIA TAUCHNER
IST AUSSCHUSS-
VORSITZENDE UND
PERSONALVERTRETERIN
DER KIV IM PREYER'SCHEN
KINDERSPITAL.

wir in einer Exekutivsitzen einstimig beschlossen haben, ab sofort (15. September 2008) keiner beantragten Umwandlung von Dienstposten in den Häusern mehr zuzustimmen, um somit zu erreichen, dass Verhandlungen zu einer einvernehmlichen Weiterentwicklung des Dienstpostenplanes aufgenommen werden.

Dieser Beschluss wurde unverzüglich an den Generaldirektor weitergeleitet und ebenso unverzüglich bekamen wir Antwort:

„Es ist ein ... Ziel der Unternehmensführung des Wiener Krankenanstaltenverbundes, die Dienstpostengestaltung der nächsten Jahre im Sinne einer Stärkung des Kerngeschäftes mit Augenmaß und in Abstimmung mit den Interessensvertretern zu gestalten

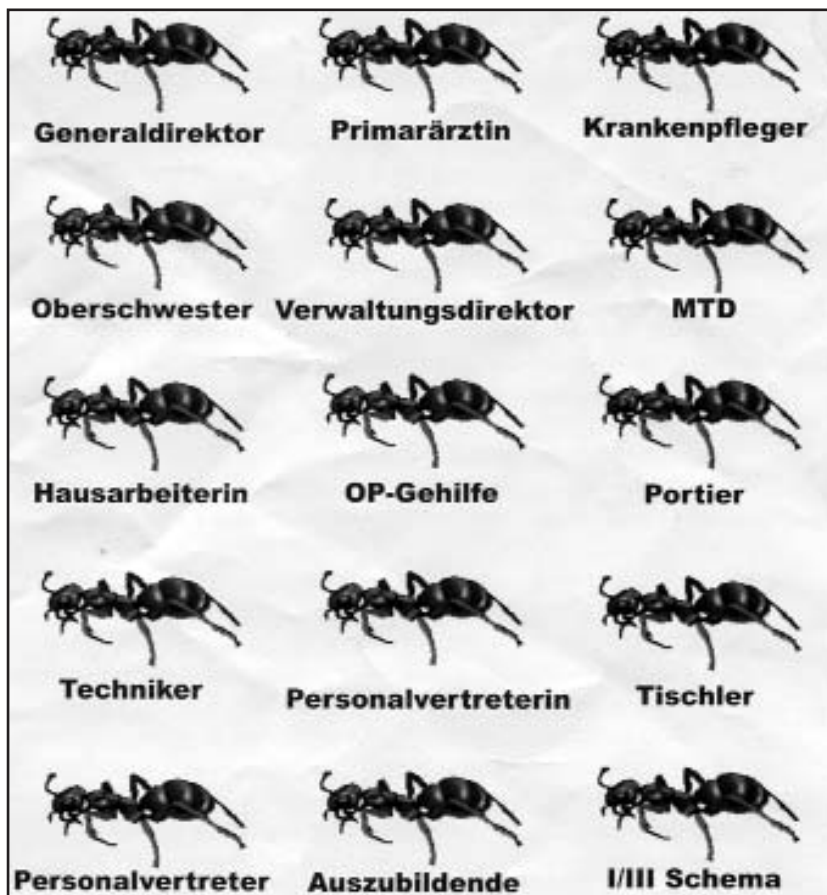
So wurden freie Dienstposten nicht in den Planstellenausgleich genommen, sondern in den Häusern belassen – ein deutliches Signal für die Beteiligten, dass die Dienstpostengestaltung dem jeweiligen Haus im Kerngeschäft zu Gute kommen soll. Es wurde kein einziger vakanter Dienstposten aus diesem Titel abgezogen, die Zahl der Dienstposten ist gleich geblieben.

Überall, wo Dienstposten für Leistungserweiterungen vom Unternehmen aus dem gedeckelten Dienstpostenplan verwendet wurden, geschah dies im Einvernehmen mit der örtlichen Personalvertretung, bis auf sehr wenige begründete Einzelfälle.

Es wurde dabei auf alle Berufsgruppen Bedacht genommen und das hohe Niveau der Personalausstattung im Sinne der Leistungsqualität erhalten.

Wir wollen dabei nicht vergessen, dass kein/e einzige/r Mitarbeiter und Mitarbeiterin ihren Arbeitsplatz verloren hat oder verlieren wird ...“

Die immer wiederkehrenden Phrasen „kein Mitarbeiter verliert seinen Arbeitsplatz“ können selbst die KollegInnen nicht mehr hören – Was ist mit den Arbeitsplätzen, die wir bei der Gemeinde Wien im Schema I/III verlieren werden? Was ist mit dem sozialen Auftrag der Gemeinde Wien? – Ach ja: die Zeiten haben sich geändert!



Wie schaut's wirklich aus?

In einer Broschüre der Handwerklichen Verwendung vom Juli 2008, die natürlich ohne die Minderheitsfraktionen der im Personalgruppenausschuss „Handwerkliche Verwendung“ vertretenen Fraktionen erstellt wurde, gibt es einige Forderungen die ja nicht von der Hand zu weisen sind.

Zum Beispiel: Sich gegen Reduzierungen, Auslagerungen und Fremdvergaben zur Wehr setzen. Was geschieht aber wirklich: Es wird nach wie vor reduziert, ausgelagert und fremdvergeben.

Was tut die Gewerkschaft und die Personalvertretung? Man kann nicht sagen „gar nichts“. Aber viel zu wenig. Wo ist die kämpferische Gewerkschaft oder Personalvertretung, die sich gegen solche Machenschaften zur Wehr setzt?

In der letzten Sitzung des Personalgruppenausschusses wurden von der Konsequenzen Interessensvertretung KIV endlich geeignete Maßnahmen (zum Beispiel Protestmaßnahmen) gefordert, um gegen eine solche Personalpolitik anzukämpfen.

Leider hat es nichts geholfen. Dabei wäre es höchste Zeit, endlich einmal

aufzuzeigen wie mit unseren Bediensteten umgegangen wird.

Es verrichten MitarbeiterInnen höherwertige Tätigkeiten und bekommen diese nicht einmal bezahlt, es wird in der Eigenreinigung fremdvergeben, Facharbeiterposten werden nicht nach besetzt, ganze Werkstätten sollen geschlossen werden, Nachtdienste werden abgeschafft, ...

MitarbeiterInnen verlieren so Zulagen von bis zu 400 Euro. Es dürfte wenige interessieren, wie diese KollegInnen weiter ihre Miete, ihren Kredit, ihren Lebensunterhalt in Zukunft bestreiten werden.

Die Antwort: Auf Nebengebühren soll der Lebensstandard nicht aufgebaut sein. Die verantwortlichen PolitikerInnen sollen einmal mit zirka tausend Euro auskommen.

Die Zeit des Verhandeln sollte vorbei sein. Jetzt sollte endlich mit Protestmaßnahmen geantwortet werden! ■



Alfred Weisenberg ist stv. Ausschuss-Vorsitzender und Personalvertreter der KIV im Geriatriezentrum Am Wienerwald.

Von
Vera Koller



Diese Menschen seien zum Beispiel

- nur in den Räumlichkeiten der Firma herumgeschlichen, oder
- belästigen andauernd Führungskräfte um endlich einen Vertrag zu erhalten.

So jetzt mal im Ernst

Es ist nicht Voraussetzung eines Arbeitsverhältnisses, einen schriftlichen Arbeitsvertrag in Händen zu halten. Die Art und Weise wie es zum Abschluss eines Vertragsverhältnisses kommen kann ist in den §§ 861 ff ABGB (Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch) geregelt. Dabei ist zu beachten, dass die Regelungen über den Vertragsabschluss bei jeglicher Art eines Vertrages gleich anzuwenden sind, ganz gleich ob es sich dabei um Kaufverträge, Schenkungsverträge, Mietverträge oder eben Arbeitsverträge

DER ARBEITSVERTRAG

Es gibt tatsächlich Arbeitgeber, die Menschen für sich arbeiten lassen, ohne ihnen einen Vertrag auszuhändigen, um danach zu behaupten, dass diese Menschen gar keinen Arbeitsvertrag hätten, daher auch nicht in einem Arbeitsverhältnis stehen und auch keine Ansprüche gegenüber der betreffenden Person bzw. deren Firma geltend machen könnten.

handelt. Für bestimmte Verträge gelten darüber hinaus einige Sonderbestimmungen, wie z.B. dass sie an eine bestimmte Form gebunden sind. Der Arbeitsvertrag ist prinzipiell nicht an eine bestimmte Form gebunden. Er kommt, wie jeder andere Vertrag, durch ein Angebot und die Annahme des Angebots zustande und begründet damit das Arbeitsverhältnis.

Laut § 863 ABGB ist es nicht nur möglich, Verträge schriftlich abzuschließen, sondern auch mündlich, beziehungsweise, man staune, auch durch schlüssige Handlungen, die auf den Willen zum Vertragsabschluss schließen lassen. Dies bedeutet, es wird ein Verhalten gesetzt, das bei Überlegung aller Umstände, keinen Grund daran zu zweifeln lässt, dass man sich in bestimmter Weise verpflichten will.

Als Beispiel für eine ...

schlüssige Handlung der einfache Kauf einer Wurstsemmel: Ich bestelle mir eine Wurstsemmel an der Fleischhauerbudl, jemand hinter dieser Budl fertigt mir diese Semmel an, ich übernehme die Semmel.

Mit anderen Worten: Ich habe ein Willen geäußert und mein Gegenüber hat diesem Willen entsprochen und schon ist ein Vertrag zustande gekommen.

Genau deswegen ist es auch nicht möglich, die erhaltene Semmel einfach zu essen, ohne sie zu bezahlen, weil ich mich schon vor dem

Essen mit der Gegenleistung für meine Semmel, nämlich sie zu bezahlen, einverstanden erklärt habe.

Zurück zum Arbeitsvertrag

Ein Mensch verrichtet Tätigkeiten in einer Firma, diese Tätigkeiten werden von der Firmenleitung angenommen und dadurch ist ein Arbeitsvertrag zustande gekommen. Und somit hat dieser Mensch schon mit der Annahme seiner Tätigkeit einen Anspruch auf die Bezahlung der Selben.

Die Firmenleitung muss aber mein Angebot, Tätigkeiten zu verrichten, annehmen. Das heißt, es ist nicht ausreichend, von Firma zu Firma zu rennen, um z.B. im Kleidungsgeschäft Hemden zusammen zu legen oder in der Straßenbahn die Fahrkarten zu überprüfen, wenn mein vertragliches Gegenüber nicht klar und deutlich den Willen gezeigt hat diese Tätigkeiten auch annehmen zu wollen.

Trotz dieser einfachen Art und Weise Verträge abzuschließen, ist es aus mehrfacher Hinsicht vorteilhafter einen schriftlichen Arbeitsvertrag zu erhalten.

1. um Schwarz auf Weiß zu wissen was der Inhalt meines Arbeitsvertrages ist (Tätigkeit, Gehalt, Arbeitszeit ...)
2. um diesen Inhalt bei Notwendigkeit auch beweisen zu können (denn es nützt nichts, die schönsten mündlichen Abreden getroffen zu haben, wenn ich sie nicht nachweisen kann)
3. weil es auch in den besten Firmen zu Streit und Zank kommen kann

Allerdings ist dabei zu beachten, dass es keinen gesetzlichen Anspruch auf eine schriftliche Ausfertigung des Arbeitsvertrages gibt.

Gemäß § 2 AVRAG (Das ist das Arbeitsvertragsrechtsanpassungsgesetz, alleine es auszuschreiben gestaltet sich schwierig, es ist jenes Gesetz, in dem so ziemlich alles drinnen steht, das irgendwo in anderen Gesetzen hätte eingefügt werden müssen, doch hat man der Einfachheit halber alles in ein Gesetz zusammen gepackt. Wie man sich vorstellen kann, trägt dieser Umstand nicht gerade zu mehr Übersichtlichkeit bei.) trifft den Arbeitgeber lediglich die Pflicht, unverzüglich nach Beginn des Arbeitsverhältnisses einen Dienstzettel auszustellen, der im wesentlichen alle für das Arbeitsverhältnis wichtigen Fakten beinhaltet. Diesen Dienstzettel kann ich als Arbeitnehmer auch einfordern. Im Gegensatz zum Arbeitsvertrag, der das Arbeitsverhältnis begründet (ohne Arbeitsvertrag gibt es auch kein Arbeitsverhältnis), hat der Dienstzettel jedoch lediglich eine beschreibende Wirkung des Arbeitsverhältnisses, das bedeutet, der Dienstzettel kann keine Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis begründen. Daher ist trotz Dienstzettel zur schriftlichen Ausfertigung des Arbeitsvertrages zu raten.

Insofern bleibt mir nur noch eifriges Vertragsabschluss und frohes Schaffen zu wünschen!

VERA KOLLER
IST IM KOA DER UG
UND RECHTSEXPERTIN
IN DER GPA-DJP-WIEN.

Burn Out, eine prozesshaft zunehmende körperliche, psychische und geistige Erschöpfung, wird mehr und mehr zu einem gesellschaftlichen Phänomen unserer modernen wirtschaftlich orientierten Welt. *Von Christian Aichmayr.*

BURN OUT:

EIN „PHÄNOMEN“ UNSERER ZEIT?

Zeiten der Rationalisierungsprozesse und des allgemein spürbaren Kostendruckes müssen immer mehr Menschen bei gleich bleibenden Ressourcen und Mitteln wesentlich mehr Aufgaben in zunehmend weniger Zeit bewältigen.

Diese Gleichung kann auf Dauer selbst bei besten Absichten und bei bestem Willen nicht aufgehen. Die gesellschaftspolitischen Folgen und deren Kosten sind natürlich fatal:

So zeigt der Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger drastisch auf, dass zwar die Anzahl der durchschnittlichen Krankenstandstage der unselbständig Erwerbstätigen im Laufe der letzten 10 Jahre von seinerzeit knapp 16 Tagen auf 12 Tage gesunken ist, gleichzeitig aber die Anzahl der psychiatrischen Erkrankungen seit 1991 bereits um 100 Prozent zugenommen hat. Inzwischen haben insgesamt 46 Prozent aller Krankenstandstage psychische Hintergründe.

Von der größten deutschen Krankenversicherung, der AOK vernimmt man, dass 25 Prozent ihrer Versicherten mit

einer Burn-Out Symptomatik bereits konfrontiert waren oder dies derzeit gerade sind.

Statistisch wird belegt, dass alleine in der BRD jährlich geschätzt über 3 Milliarden Euro durch Stress am Arbeitsplatz verloren gehen. Der arbeitsbedingte Stress ist auch gleichzeitig die Ursache für 7 Prozent der Frühpensionierungen. Das beeinträchtigte psychische Befinden der Arbeitnehmer ist eine der häufigsten Ursachen für mangelhafte Arbeitsleistung und krankheitsbedingte Abwesenheit.

Bestimmte Berufsgruppen sind von Burn-Out besonders betroffen: Vierzig Prozent stellen die helfenden Berufe im Sozialbereich, dreißig Prozent die LehrerInnen. Zehn Prozent kommen aus dem Verwaltungsbereich und die restlichen zwanzig Prozent teilen sich alle übrigen Berufsgruppen.

Andreas Hillert beschreibt in seinem „Anti-Burn-Out Buch für Lehrer“ dass über neunzig Prozent der LehrerInnen vorzeitig aus ihrem Beruf ausscheiden – die meisten davon aus medizinischen Gründen. Bis zu fünfzig Prozent quittieren aufgrund psychosomatischer und psychiatrischer Erkrankungen den Dienst – erschöpft, überfordert, ausgebrannt. Zu dem Gefühl beständiger Überlastung tragen die Strukturen des heutigen Schulsystems, sowie der gesellschaftlich ambivalente Status des Lehrerberufs bei.

Oder auch, wie es der Gehirnforschungs- und Lernexperte Manfred Spitzer überzeichnet beschreibt:

„Schule wird seitens der Kinder oftmals als eine erzwungene langweilige Unterbrechung des sonst interessanten Freizeitangebotes erlebt, wobei bei dieser Konstellation die Lehrer von vorneherein absolut chancenlos sind“.


Generell ist davon auszugehen, dass die persönliche Disposition eine große Rolle dabei spielt, ob jemand Burn-Out gefährdet ist oder auch nicht: Mit Burn-Out sehr häufig konfrontiert sind leistungsorientierte Menschen mit hohen Idealen und Perfektionsansprüchen. Oft begegnen sie sich selbst mit großer Härte und sind dabei von Selbstzweifeln und permanentem Sich-in-Frage-stellen geplagt.

Die Angst, bestimmten Anforderungen nicht zu genügen, putschen ihre Kraftreserven auf, anstatt diese langfristig aufzubauen. Dabei werden sie vom Gefühl geleitet, den Alltagsanforderungen um jeden Preis gerecht werden zu müssen. Permanente Anspannung und Hektik lassen die für einen harmonischen Lebenswandel unbedingt nötige Entspannung nicht mehr zu. Diese Menschen geben über lange Zeit zu viel Energie ab, bis sie letztlich leerer und leerer werden. Im Laufe der Zeit verwandeln sich Idealismus, Arbeitseifer und Begeisterung in einen Zustand chronischer Erschöpfung, der im Regelfall von psychosomatischen diffusen körperlichen Beschwerden begleitet wird. Ein vorherrschendes Gefühl bei Burn-Out ist es auch, zu



CHRISTIAN AICHMAYR
IST LEITER DES PERSONAL-
WESENS EINER NON-
PROFIT EINRICHTUNG IM
SOZIALBEREICH, SACH-
WALTER UND MEDIATOR.

Bitte umblättern



*„In der ersten Hälfte des Lebens
opfern wir die Gesundheit, um Geld
zu erwerben; in der anderen opfern
wir Geld, um die Gesundheit
wiederzuerlangen“. VOLTAIRE*

wenig Erfolg im Verhältnis zum engagierten Einsatz zu haben. Unzufriedenheit mit der eigenen Leistung und Gefühle der Machtlosigkeit und Überforderung machen sich breit.

Neben der hohen Arbeitsbelastung und Arbeitsüberlastung wird oft auch fehlende Anerkennung und Wertschätzung erlebt. Durch mangelndes Gemeinschaftsgefühl und unfaire Behandlung oder auch Wertekonflikte im beruflichen Umfeld kann sich eine massive Negativspirale ergeben, die häufig von Depression begleitet ist oder schlimmstenfalls mit Suizid endet.

Letztlich ist Burn Out ein Verschleiß von Werten, Würde, Geist und Willen, sowie von Fähigkeiten und Gefühlen. Bei diesem allmählichen Verlustprozess wird das Missverhältnis zwischen den Bedürfnissen des einzelnen Menschen und seinen Anforderungen am Arbeitsplatz immer größer. Wenn dem nicht entgegengesteuert wird, ist eine körperliche und/oder psychische Erkrankung unausweichlich. Wer geistig und

körperlich permanent auf der Überholspur ist, wird früher oder später zusammenbrechen.

Zu Grunde liegende Ursachen von Burn-Out müssen natürlich nicht immer nur ausschließlich hoher Druck am Arbeitsplatz sein. Häufig ist es einfach nur die „Summe der einzelnen Teile“: Überlastungssituationen sind ja auch in anderen Lebensbereichen anzutreffen – gut vorstellbar bei AlleinerzieherInnen, die neben ihrem Beruf mit ihren Kindern den Alltag zu managen haben und dabei schürt zusätzlich noch ein enger finanzieller Rahmen ihre Existenzängste. Ständig Doppel- und Mehrbelastungen ausgesetzt zu sein, begünstigt naturgemäß das Entstehen einer Burn-Out Krise.

Bei einer tatsächlichen Burn-Out Symptomatik, stellt sich für Betroffene die bange Frage, wie es nun weiter geht. Neben dem persönlichen Eingestehen „Ich schaffe es nicht mehr“, welches erst einmal für sich selbst zu bewältigen ist, setzt man sich auch damit

auseinander, wie dieser Zustand der engeren Umwelt vermittelt werden kann. Und eine der größten Unsicherheiten dabei ist wohl, mit welchen Reaktionen wird man nun vom Partner und vom Arbeitgeber konfrontiert werden? Und vor allem: Wie komme ich aus dieser Krise wieder heraus? All diese Überlegungen kosten Energie, Energie die man jetzt gerade zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zur Verfügung hat. Eines ist allerdings sicher: Der Weg aus der Krise braucht nun seine Zeit. Krankenstände in der Dauer bis zu einem Jahr sind keine Seltenheit!

Obwohl Burn-Out in den Medien in Österreich stark präsent ist, gibt es natürlich kein Patentrezept für die geeignete Therapie, die gleichzeitig für alle passt. Und gerade Menschen mit einer Burn-Out Problematik sind im Regelfall solche, die sich nicht leicht damit tun, ihre eigene Souveränität so ohne weiteres aufzugeben, um sich gerade in einer außerordentlichen Krisensituation so ohne weiteres vertrauensvoll in

fremde Hände zu begeben. Generell wünsche ich mir hier ein „Mehr“ an Sensibilität, an Vernetzung und an fachlich kompetenter adäquater Hilfe, „Mehr“ als ich derzeit – gerade auch in Diskussionen bei meinen Vorträgen – wahrnehme.

Im Hinblick auf die Zukunftsentwicklung wird entscheidend sein, wie die Arbeitgeber auf das kollektive Stresssymptom reagieren. Noch können sie sich erlauben, das Problem „wegzuindividualisieren“ und „ausgebrannte“ Mitarbeiter zu ersetzen. Offensichtlich ist das leichter als interne strukturelle Abläufe kritisch zu hinterfragen, die sich oft in weitläufig unklar abgegrenzten Arbeitsbereichen, widersprüchlichen Rollenzuweisungen oder auch unterschiedlichsten Anforderungen manifestieren, wobei dann im Gegenzug die entsprechende ausreichende Arbeitskapazität nicht zur Verfügung steht. All das wird sich aber verändern müssen, weil wir auf Grund der Bevölkerungsentwicklung wissen, dass schon in wenigen Jahren weniger Arbeitnehmer in die Berufswelt nachrücken werden.

Es muss verstärkt zum Ziel werden, das geistige und körperliche Wohlbefinden der MitarbeiterInnen bis ins hohe Alter zu erhalten und prophylaktisch möglichen Burn-Out Krisen entgegenzuwirken – ein Umdenken der Arbeitgeber ist hier wohl ein Gebot der Stunde. Sie können von ihren MitarbeiterInnen nicht nur fordern – sie müssen diesen auch etwas geben: Weiterbildung, Wertschätzung und vor allem Zeit zum Durchatmen. Notwendig ist es, eine gesellschaftliche Atmosphäre zu schaffen, in welcher es selbstverständlich ist, dass wir alle eine gute Balance zwischen Arbeitsleben und Privatleben leben können. Denn jemand, der gut in sich verankert ist, ist langfristig und nachhaltig fähig, seine Energie und seine Arbeitskraft mit Engagement und Freude am Arbeitsplatz einzubringen, wovon letztlich jeder von uns profitieren würde.



Stopp Burn-Out

Die AUGE-Oberösterreich hat vor kurzem mit großer Resonanz aus verschiedenen Bereichen eine Broschüre zum Thema „Stopp Burn-Out“ herausgebracht, die auf unsere Kultur der Leistungsüberforderung bei gleichzeitiger Verweigerung von Anerkennung und Wertschätzung aufmerksam macht.

Da dieses Thema in der Arbeitswelt immer brisanter wird, haben auch die anderen Landesorganisationen der AUGE sowie die weiteren Säulen der Unabhängigen GewerkschafterInnen beschlossen, die Broschüre zu adaptieren. Zwischen Panikmache und Verharmlosung will die Broschüre zur Selbstanalyse und zum Nachdenken über unser Arbeits- und Wirtschaftssystem anregen. Ausgewählte weiterführende Institutionen in den jeweiligen Bundesländern sind ebenfalls aufgeführt.

Im Zuge der Veröffentlichung der Burn-Out-Broschüre für Wien, Niederösterreich und Burgenland möchten wir zwei Diskussionsveranstaltungen ankündigen, in denen wir das „Phänomen“ Burn-Out im Sozialbereich näher beleuchten und diskutieren wollen. Denn gerade in diesem Bereich der Arbeitswelt, in welchem KollegInnen zumeist nicht des Geldes wegen, sondern aufgrund ihrer sozialen Einstellung mit viel Idealismus tätig sind und viele hart an der Grenze der Selbstausbeutung arbeiten, tritt Burn-Out immer verstärkter auf. Hinzu kommt eine permanente Ausdünnung des kommunalen Sozialbereiches, was im Sinne des neoliberalen Zeitgedankens durch Einsparungen, Flexibilisierungen der Arbeitsbedingungen und permanente Umstrukturierungen im Sozialbereich, das „Ausbrennen“ zusätzlich verstärkt.

Diese Problematik wollen wir gemeinsam mit allen Interessierten bei den beiden Diskussionsveranstaltungen in Wien und St. Pölten erläutern und in diesem Rahmen auch unserer Broschüre „Stopp Burn-Out“ vorstellen. Wir laden alle herzlich dazu ein:

1. Diskussionsveranstaltung in Wien

im Rahmen der von KIV/UG und AUGE/UG gemeinsam ins Leben gerufenen Vernetzungsgruppe für KollegInnen und ArbeitnehmervertreterInnen im kommunalen und privaten Sozialbereich „Soziale Vernetzung“ in Wien (www.kiv.at/vernetzung.soziales):

- Wann: Mittwoch, 22. Oktober 2008 ab 18.30–21 Uhr
- Wo: AUGE-Büro, Belvederegasse 10/1, 1040 Wien

Mit einem Input von Mag. Reinhard Kaufmann (Jurist, vormals Bundesministerium für Arbeit und Soziales, seit 1992 beim Verein Neustart in verschiedenen Management- und Expertenfunktionen tätig und im Zuge dessen auch intensive Beschäftigung mit dem Thema).

Anschließend viel Zeit zur Diskussion und zum Erfahrungsaustausch mit KollegInnen aus dem Sozialbereich.

2. Gemeinsame Diskussionsveranstaltung in St. Pölten

zum Thema von AUGE/UG Niederösterreich, Katholische ArbeitnehmerInnen-Bewegung und Betriebsseelsorge St. Pölten:

- Wann: Donnerstag, 20. November 2008 von 19–21 Uhr
- Wo: Arbeiterkammer St. Pölten, Gewerkschaftsplatz 1, 3100 St. Pölten, 2. Stock (gleich hinter dem Bahnhof, gute Anreisemöglichkeit mit dem Zug).

Mit Kurzreferate von Burn-Out-Erkrankten, PsychologIn und MedizinerIn. TeilnehmerInnen erwartet unter anderem viel Diskussionsplatz, Hilfe und Tipps. Mehr Informationen zu den Veranstaltungen und zur Broschüre unter www.auge.or.at

Großdemonstration zur Rettung der Krankenhäuser am 25. September 2008
in Berlin. Von Hermann Schmid, ver.di.

ALLIANZ FÜR DIE GESUNDHEIT

Ein „großartiges Bild“ bietet sich dem Präsidenten der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Rudolf Kösters, als er vom Podium am Brandenburger Tor zu den Hundertdreißigtausend Demonstrierenden spricht: Vollbesetzt sieht er „die Meile Unter den Linden bis zur Siegessäule“ – ähnlich der Fanmeile zu Zeiten der Fußball-Weltmeisterschaft 2006. „Wir zeigen den Politikern, was passiert, wenn man glaubt, die Krankenhäuser im ökonomischen Würgegriff halten zu können“. Die deutschen Krankenhäuser bräuchten endlich „umfassende finanzielle Hilfe“. Denn sie „erbringen gerne die erwarteten hochwertigen Leistungen an sieben Tagen in der Woche und 24 Stunden rund um die Uhr. Aber wir erwarten auch, dass diese Leistungen ausreichend finanziert werden.“ Leider verwehre die Politik den Kliniken „die Achtung vor dieser Leistung“.

So sei es „kein Zufall, dass mehr als ein Drittel der deutschen Krankenhäuser akut insolvenzgefährdet sind“. 6,7 Milliarden Euro fehlten ihnen bis Ende 2009. Das habe auch bereits „tiefe Spuren im Arbeitsalltag der deutschen Kliniken hinterlassen“. Die Zusage der Bundesregierung über drei Milliarden Euro nennt Rudolf Kösters „eine Mogelpackung – unseriös, Schönfärberei“. Auch das „großartig angekündigte Pflegehilfeprogramm“ mit 21.000 zusätzlichen Kräften sei in Wirklichkeit eine Zusatzbelastung für die Krankenhäuser, weil der Staat nicht alle Kosten dafür übernehme. Diese „Ignoranz und Arroganz macht uns wütend“. Die

Krankenhäuser und ihre MitarbeiterInnen seien es endgültig leid, als Kostenfaktor zu gelten.

Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetages, verwahrt sich gegen den Vorwurf, diese größte Demonstration in der Geschichte des deutschen Gesundheitswesens, sei der „Aufmarsch einer Lobby“, die nur eigene Interessen durchsetzen wolle. Vielmehr sei diese Rettungsaktion für die Krankenhäuser „ein breites Bündnis“ – von Ärzten und Pflegepersonal, ihren Gewerkschaften und Arbeitgebern, vom Deutschen Pflegerat und der Deutschen Krankenhausgesellschaft und von allen Spitzenverbänden der Kommunen und der Freien Wohlfahrtspflege. Kurz: eine „Initiative für das Gemeinwohl. Wir vertreten hier nicht Sonderinteressen, sondern die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung“. Denn „jeder kann morgen einen Angehörigen im Krankenhaus haben“.

Im Namen der deutschen Städte fordert Münchens Oberbürgermeister: „Macht Schluss mit einer Krankenhauspolitik, die unvermeidbar immer mehr Krankenhäuser an den Rand ihrer Existenz drängt und zur Überlastung des Personals sowie zur Vernachlässigung der PatientInnen führt!“. Schluss müsse auch sein „mit dem schäbigen Spiel, sich wechselseitig die Verantwortlichkeit zuzuschieben und selber nicht das Notwendige zu tun“. Denn auf der Strecke blieben dabei die Menschen, um die es geht: „die PatientInnen und alle MitarbeiterInnen, deren Beruf es ist zu helfen“. Die Belegschaft werde

längst bis an die Grenzen des Zumutbaren und darüber hinaus belastet. Politiker in Bund und Ländern, die stets „eine gerechte Bezahlung der in den Krankenhäusern Tätigen“ forderten, dürften „jetzt nicht verhindern, dass die Krankenhäuser die Tariflohnsteigerung in Gänze refinanziert bekommen. Wir in den Städten finden es unerträglich, wenn die Krankenhäuser aus Finanznot zu Notlagentarifverträgen oder gar zur Tariffucht gezwungen werden.“ Besser sei es, „Tarifdumping von Anfang an zu vermeiden“. Es müsse Schluss sein mit dem Krankenhaussterben und der erzwungenen Privatisierung.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske nennt als gemeinsames Ziel des Bündnisses: „Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser für die PatientInnen erhalten – und dabei anständige Arbeitsbedingungen gewährleisten für die, die in den Krankenhäusern Tag und Nacht für die Kranken da sind und eine hervorragende Arbeit leisten.“

Mangelhafte Finanzierung habe zu massivem Personalabbau in den Krankenhäusern geführt: „Hunderttausend Beschäftigte in den vergangenen zehn Jahren, Fünfzigtausend davon allein in der Pflege – und das obwohl mittlerweile eine Million PatientInnen mehr zu versorgen sind als noch vor zehn Jahren bei weiter sinkenden Liegezeiten und entsprechend massiver Arbeitsverdichtung“.

Die wachsende Belastung der Pflegekräfte belegt Frank Bsirske mit Beispielen aus der Praxis:

• In vielen Krankenhäusern können Dienstpläne nur noch gemacht werden, indem von vornherein Überstunden eingebaut werden.

• Zur Weiterbildung für Pflegekräfte meldet sich niemand mehr an, weil das Personal auf Station so knapp ist, dass keiner mehr weg kann.

• Qualifizierte Praxisanleiter für die Ausbildung fehlen oder haben keine Zeit mehr, sich um diese Aufgaben zu kümmern.

• Von Krebsstationen wird berichtet, in denen der Blutzucker nicht mehr bestimmt und Verbände nicht mehr gewechselt werden können, weil 26 schwerstkranke PatientInnen von nur drei Pflegekräften und einer Schülerin versorgt werden müssen.

• Auf dem Ärztetag wurden Fälle bekannt, dass alte PatientInnen in Krankenhäusern mehrere Kilo Gewicht verlieren, weil niemand mehr Zeit hat, ihnen beim Essen zu helfen.

All das beweise, dass mit der Krankenhausfinanzierung etwas nicht stimme.

„Die Beschäftigten in Krankenhäusern“, so Bsirske weiter, „haben den Stress und die dauernde Überlastung satt bis obenhin.“ Das zeige zum Beispiel der Wunsch eines Krankenpflegers auf der ver.di-Internetseite: „Alle, die hier hinter den Schreibtischen die Fäden ziehen, müssten zu mindestens einer Woche Dienst in einem Krankenhaus verdonnert werden: Einfach mal mitgehen in der Pflege, sterbende PatientInnen versorgen, Ausscheidungen entsorgen, PatientInnen von Exkrementen aller Art befreien, unzufriedene Angehörige bändigen und enttäuschte oder akut gefährdete PatientInnen beschwichtigen, wenn man Zeit für sowas hat.“

Nur den vielen Aktionen der Beschäftigten in Städten und Landkreisen und dem Druck des Bündnisses zur Rettung der Krankenhäuser sei es zu verdanken, dass die Bundesregierung sich bewegt habe und sich „überhaupt mit einem neuen Gesetz zur Krankenhausfinanzierung befasst“. Der Entwurf müsse aber

noch korrigiert werden, weil es nicht ausreichte, drei Milliarden Euro zuzugestehen, wo 6,7 Milliarden benötigt würden. Auch die Länder dürften nicht weiter ihre gesetzliche Pflicht zur Finanzierung der Investitionen für die Kliniken verletzen.

Frank Stöhr vom dbb beamtenbund und tarifunion verlangt ebenfalls: „Die Krankenhäuser dürfen nicht kaputtgespart werden“, der Deckel und die Sparschraube müssten weg. Gesundheit sei keine Ware. Deshalb „erwarten wir alle von der Bundesregierung, dass sie das Krankenhausfinanzierungsgesetz verbessert“. Wenn es mit der Demonstration und weiteren Aktivitäten gelinge, die BürgerInnen von diesem Anliegen zu überzeugen, „werden wir unser Ziel erreichen – und bis dahin werden wir weiterkämpfen!“



*Realistisch • Wirksam • Solidarisch
„Ohne Wenn und Aber“ (Copyright by SPÖ).*

TEUERUNGSABGELTUNG!



200 Euro Fixbetrag für Alle plus 7 Prozent auf Nebengebühren und Zulagen.

DIE Gehaltsverhandlungen für 2009 stehen ganz im Zeichen einer gewaltigen Teuerungswelle. Dazu kommen die Reallohnverluste der letzten Abschlüsse. Die KIV fordert einen solidarischen Gehaltsabschluss für alle von der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) zu vertretenden BeamtInnen, Vertragsbedienstete und „ausgegliederte“ ArbeiterInnen und Angestellte.

Angesichts der Teuerung bei

- Nahrung: +6,8 Prozent (Jahresvergleich Juni 2008),
- Wohnen: Heizöl +54 Prozent (Juni 2008),
- Verkehr +7,3 Prozent, Treibstoffpreise +26 Prozent (April 2008),

die alle KollegInnen in gleicher Weise trifft, halten wir unsere Forderungen für gerechtfertigt und realistisch. Dazu kommt, dass die BezieherInnen kleinerer Einkommen durch die Pensionsreformen zunehmend unter die Räder kommen.

EIN PAAR ECKDATEN

- Inflation: WIFO-Prognose 27. Juni 2008: +3,5 Prozent,
- Anteil am Wirtschaftswachstum WIFO-Prognose 27. Juni 2008: +2,3 Prozent.

Die Lohnquote sinkt seit Jahren, die Gewinne steigen. Die Gehaltsabschlüsse der letzten Jahre brachten durchwegs Reallohnverluste. Der Warenkorb zur Berechnung der Inflation ist für BezieherInnen kleiner und mittlerer Einkommen, für Menschen mit Kindern und für PensionistInnen völlig untauglich.

Einmalzahlungen, die kein fixer Gehaltsbestandteil sind und die

den „ausgegliederten“ KollegInnen zum Teil vorenthalten werden, lehnen wir ab. Die „Teuerungsabgeltung“ darf nicht zur Wahlkampfretorik verkommen.

WORUM ES GEHT

Deutliche Einkommenszuwächse, insbesondere bei niedrigen und mittleren Einkommen, sind eine soziale und eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit: Angesichts des für 2009 erwarteten Konjunkturertrags (reales Bruttoinlandsprodukt laut WIFO nur mehr +1,4 Prozent) ist die Stärkung der rückläufigen Inlandskaufkraft als Konjunkturstütze notwendig.

Der Fixbetrag von 200 Euro für Alle bringt für AnfangsbezüglerInnen und die meisten Gehaltsgruppen spürbare Reallohnzuwächse, für Mindesteinkommen einen Schritt aus der Armutsfalle. Die Bezieher hoher Einkommen, die durch die starren Prozentabschlüsse der letzten Jahre relativ begünstigt waren, können einen verteilungsgerechten Fixbetrag diesmal verkräften.

DIE KIV ERWARTET VON DEN VERHANDLERN

... der GdG als solidarische, offensive Interessensvertretung aller öffentlich Bediensteten eine breite Diskussion über die konkreten Forderungen, laufende Berichte über den Stand der Verhandlungen und eine Mobilisierung für einen erfolgreichen Gehalts- und Lohnabschluss.